

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Albrechtstr. 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht“, Neue Braupferstraße Nr. 6 und Neue Taubenschloßstr. 11, durch die Zweigstellen, Sigarergeschäft Reichelt, Taubenschloßstr. 14/6, sowie durch alle Buchhändler zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,40 Goldmark, monatlich 1,70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,00 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 70 H. Stellenangebote 10 H. auswärts 17 H. Anzeigen unter Tag 70 H. Stellenangebote 10 H. Familienangelegen. Stellenangelegen. Beschäftigungs- und Wohnungsangelegen. 7 H. Kleine Anzeigen pro Wort 3 H. das letzte Wort 2 H. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Albrechtstr. 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Um den französischen Frank.

Aus Paris wird uns geschrieben:

Der Kampf um die endgültige Stabilisierung des Frankens ist jetzt in ein entscheidendes Stadium getreten. Zwar ist der Kammer eine neue Frist dadurch gewährt worden, daß die Debatte über die von Caillaux einzubringenden Projekte erst in der nächsten Woche im Plenum stattfinden soll. Ursprünglich war angekündigt und tatsächlich auch geplant, daß diese Debatte schon diese Woche vor sich gehen sollte. Durch die Londoner Verhandlungen und die Feiertage des Nationalfeiertages ließ sich aber die Verschiebung nicht vermeiden. Alle Parteien sind sich aber darüber klar, daß die Entscheidungen dringlich sind und keinen weiteren Aufschub mehr dulden.

Ein weiterer Grund für die Verzögerung sind die Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Kabinetts. Caillaux wollte seinem Gesetzentwurf einen ausgesprochen diktatorischen Charakter verleihen. Er dachte an die Beschränkung auf einen einzigen Artikel, der die Stabilisierung des Frankens als Ziel festlegt und im übrigen der Regierung für die ihr nötig erscheinenden Maßnahmen Blankovollmacht erteilen sollte. Die große Kammerdebatte der letzten Wochen hat aber gezeigt, daß eine überwältigende Mehrheit entschlossen war, eine solche Blankovollmacht zu verweigern. Diese Stimmung in der Kammer entspringt nicht nur der Furcht vor dem eventuellen Gebrauch, den der stürmischen inneren Widerprüchen geistigste Caillaux von ihr machen könnte, sondern auch grundsätzlichen parlamentarischen Erwägungen. Dafür zeugt der demonstrative Beifall, den der Führer der sozialistischen Fraktion, Léon Blum, im ganzen Hause fand, als er in einer Rede voll hinreißendem Pathos, die an die besten Reden von Jaurès erinnerte, der Regierung in der Kammer jurief:

„Niemand als werden wir Sozialisten uns dafür hergeben, der Regierung außerordentliche Vollmachten zu erteilen, die das Parlament ausschalten würden. Das heißt keineswegs, daß wir von gewissen parlamentarischen Prozeduren gerade begeistert wären. Wenn es sich nur um verwaltungstechnische Anpassungsmaßnahmen untergeordneter Natur handeln würde, wenn es sich nur darum handelte, die Kammer von einigen wuchernden Organen zu befreien, o, dann wäre ich der Letzte, der sich dagegen wenden würde. Wenn es sich darum handelte, unsere Finanzgesetzgebung von dem Gestrüpp zu befreien, in dem sich niemand mehr zurechtfindet, wenn es sich selbst darum handelte — das ist wenigstens meine persönliche Meinung —, der Regierung die Vollmacht zu geben, ohne jedesmal die Kammer vorher darüber befragen zu müssen, gewisse Steuern den jeweiligen Kurschwankungen, oder richtiger, dem Index anzupassen, so würde ich das ebenfalls nicht verweigern. Wir haben weder der Fetischismus der Routine, noch den der parlamentarischen Tradition. Das haben wir schon bewiesen und werden es bei kommender Gelegenheit wieder beweisen. Aber von solchen Vorschlägen bis zur Wiederkunft des Parlaments ist ein weiter Weg — und nichts anderes verlangt man, wenn man die Abgeordneten auffordert, der Regierung das Recht zu übertragen, die Steuern selbstständig festzusetzen oder Verpflichtungen gegenüber dem Ausland einzugehen. Damit verlangt man von ihnen etwas, was zu gewähren sie nicht das Recht haben. Man verlangt von ihnen damit nicht nur eine ausdrückliche Verletzung der Verfassung, sondern eine Verletzung der nationalen Souveränität, deren Vertreter sie sind, und die sie nicht, als Herr und Meister, von sich auf andere übertragen können.“

Nicht nur auf der Linken und im Zentrum, sondern bis tief in die Reihen der Rechten hinein fand diese unabweislich demokratisch-parlamentarische Rede einen Beifall, der den Finanzminister Caillaux veranlaßte, sich in seiner zweiten Rede in bezug auf die von der Regierung verlangten außerordentlichen Vollmachten viel vorsichtiger auszudrücken, als er es in seiner ersten Rede getan hatte.

Weil man sich — zum ersten Male ernsthaft — in den verschiedenen Bevölkerungskreisen die Schicksalsfrage vorlegt, ob der französische Frank den Weg der alten deutschen Papiermark gehen soll, weil die Nachrichten aus Belgien über angebliche Pläne der dortigen Regierung, den belgischen Papierfranken fallen zu lassen und eine neue Goldwährung zu schaffen, in den finanziellen und politischen Kreisen ein fast panikartiges Aufsehen erregen, glaubt Caillaux, daß die Stimmung für Vollmachten, wie er sie haben möchte, günstiger gemordet ist. Die Sozialisten aber, die den Gesamtplan des Kabinetts Briand-Caillaux als für die Zukunft des Frankens und damit Frankreichs gefährlich bekämpfen, werden solche Vollmachten nach wie vor bekämpfen.

Paris, 16. Juli. (Eigener Fundbericht.) Heute vormittag wird der Entwurf des Finanzermächtigungsgesetzes Caillaux den Mitgliedern der Finanzkommission der Kammer zugestellt werden. Der Entwurf wird nur zwei Artikel enthalten. In dem einen erhält die Regierung Vollmacht, bis zum 1. Januar 1927, die Finanzfrage auf dem Wege von Verordnungen zu regeln. Im zweiten Artikel wird die Regierung ermächtigt, spätestens sechs Monate nach Veröffentlichung der einzelnen Verordnungen gewisse Gesetze dem Parlament vorzulegen. In den einzelnen Abhängen, die den Ge-

setzentwürfen beigegeben sind, wird der Rahmen scharf umgrenzt, in dem die Vorlagen ergehen können. Die Mitglieder der Finanzkommission werden heute nachmittags 4 Uhr zusammenzutreten, um einen Vortrag von Caillaux über seine Finanzpläne entgegenzunehmen. Caillaux scheint zu denken, daß angesichts des letzten Frankenturzes seine Gesetzentwürfe im Laufe der kommenden Woche verabschiedet werden und daß dann die Kammer in die Ferien entlassen wird.

Wer veröffentlichte die Note gegen Seect?

Ein rechtsradikaler Nachfolger?

In der dem Reichskanzler Marx nachstehenden Presse wird auf den merkwürdigen Umstand hingewiesen, daß die Note der Interalliierten Militärkontrollkommission gegen den General Seect bereits zu einem Zeitpunkt in zwei Berliner deutsch-nationalen Blättern bekanntgegeben war, als noch nicht einmal der Reichskanzler sie dienstlich zur Kenntnis bekommen hat. Das kann nur durch das Reichswehrministerium geschehen sein.

Man kann das verschiedene Meinungen über die Beweggründe einer solchen beabsichtigten Verschärfung des Seect-Konfliktes sein. Vielleicht glauben manche Herren in dem genannten Ministerium, dadurch mit einem neuen Gegensatz zwischen Deutschland und den Westmächten noch einmal den Völkerbundsbeitrag verzögern zu können. Vielleicht stimmt aber auch eine Information des „Berl. Tagebl.“, wonach als Nachfolger Seects im Oberkommando der ganz besonders scharf rechtsradikale General von Lohberg in Frage käme. Von diesem wird ein Verlassen der distinkteren Taktik Seects und damit eine Verschärfung auch der innerpolitischen Gegensätze, ein Hinüberstreifen auf offene Diktatur erwartet.

Im Auswärtigen Amt dürfte man keine Neigung zeigen, die Not der Militärkommission im Sinne dieser Scharfmacher-Generäle zu behandeln. Nachdem ein Londoner Regierungsblatt Berlin den Rat erteilt, die Sache bis nach dem Völkerbundsbeitrag zu verzögern, hat vorgestern auch der französische General Walch von der Militärkommission in Paris erklärt, er glaube seine Berliner Tätigkeit bald beendigen zu können. Das deutet alles auf baldige Wölsung der alliierten Militärkontrolle durch eine Völkerbunds-Instanz, die diese Fragen in ruhigerer Bahnen leiten dürfte.

Ein neuer englischer Botschafter in Berlin.

London, 16. Juli. (Eigener Fundbericht.)

Der englische Botschafter in Konstantinopel, Sir Ronald Lindsay, ist zum Botschafter in Berlin und der englische Gesandte in Prag, Sir George Russell Clerk, zum Botschafter in Konstantinopel ernannt worden. Damit ist die seit langem geplante Ersetzung des bisherigen Berliner Botschafters Lord D'Abernon durch eine jüngere Kraft Tatsache geworden.

Verchenfelds Ernennung zum Wiener Gesandten.

Amlich wird jetzt bestätigt: Der frühere bayerische Ministerpräsident Dr. Hugo Graf von Verchenfeld ist zum Gesandten des Deutschen Reiches in Wien ernannt worden.

Diese Ernennung erregt Bedenken weniger wegen der Person des neuen Gesandten, der sich als bayerischer Ministerpräsident und später als Reichstagsabgeordneter der Bayerischen Volkspartei weit in loyal vermittelnder Funktion zwischen den Vertretern des Reichsinteresses und den extremen bayerischen Sonderwünschen betätigte. Gerade in Wien, wo ein starker Flügel der jetzt noch führenden Christlichsozialen gewiss und in München nicht unbekanntes Plänen von Sonderbündnissen der Donaufürstentümer anhängt, wäre aber wohl überhaupt ein bayerischer Volksparteiler mit seiner grundsätzlichen, zunächst immer nur bayerischen Orientierung, nicht gerade der bestgeeignete Vertreter des Deutschen Reiches. Zu besonderer Aufregung über die Ernennung Verchenfelds besteht allerdings unserer Meinung nach deswegen kein Anlaß, weil die Christlichsoziale Führung in Wien sich in einem Wust von peinlichen Korruptionsfällen ihrem Ende nähert und in absehbarer Zeit österreichischer Außenminister wieder unser Genosse Otto Bauer sein kann.

Das belgische Ermächtigungsgesetz angenommen.

Brüssel, 16. Juli. (Eigener Fundbericht.) Die Kammer nahm am Donnerstag mit 135 gegen 9 Stimmen, darunter eine sozialdemokratische und bei vier Enthaltungen (drei Sozialdemokraten, ein Christlicher Demokrat) das Ermächtigungsgesetz an. Arbeitsminister Wauters brachte einen Gesetzentwurf zur Erhöhung der Altersrenten der Bergarbeiter ein.

Eine Internationale gegen den Faschismus.

Von Dr. Julius Deutsch (Wien), früherer österreichischer Staatssekretär für Heerwesen.

Im Anschluß an eine große Kundgebung der österreichischen Arbeiterschaft, die am 11. Juli in Wien stattfand, tagte am folgenden Tage eine internationale Konferenz von Vertretern antifaschistischer Wehrverbände. Diese Konferenz war nicht allein ein demonstrativer Abschluß der Wiener Festtage, sondern zugleich der Auftakt zu einer neuen internationalen Verbindung, der eine bedeutsame Entwicklung beschieden sein dürfte. Nach einer eingehenden Beratung der politischen Situation in Europa wurde der Beschluß gefaßt, eine Internationale Kommission zur Abwehr des Faschismus zu gründen, die ihren Sitz in Wien haben wird.

Der Faschismus ist eine internationale Erscheinung geworden. Ueber sein Ursprungsland Italien hinauswachsend, begegnen wir ihm heute in fast allen Staaten Europas. Ohne Scheu greifen die bestehenden Klassen überall zur Gewalt, wo sich ihnen die friedliche Betätigung nicht mehr auszureichen scheint. Die Grundzüge der Demokratie, von denen man einstens so ergreifend zu schwärmen wußte, werden über Nacht zum alten Eisen geworfen und übrig bleibt nur eines: Das Bestreben, sich an der Macht zu halten, sich zu behaupten um jeden Preis. Was scheuen sich die bestehenden Klassen um Grundzüge, da ihr Höchstes, ihre Klassenherrschaft, auf dem Spiele steht!

So ist es denn kein Zufall, daß, auf einem bestimmten Punkte der politischen Entwicklung angelangt, die Gewalt das öffentliche Leben zu beherrschen beginnt. In Italien wie in Spanien, in Ungarn wie in Jugoslawien, in Griechenland wie in Bulgarien, in den lettischen Ländern wie in Deutschland, ja selbst in Ländern mit alter, eingewurzelter Demokratie wie in England und Frankreich, wenden sich die bestehenden Klassen von den demokratischen Idealen ab und schwärmen immer begeisterter für eine Diktatur. Wo die politische Situation es ermöglichte, wurde aus der bloßen Schwärmerie für die „starke Hand“ gar bald eine sehr handgreifliche politische Realität.

Was die Arbeiterklasse in den Ländern zu leiden hatte und noch leidet, in denen die faschistischen Träume der Bourgeoisie zur Reife kamen, braucht an dieser Stelle nicht beschrieben zu werden. Ueber Mord und Totschlag, über Raub und Diebstahl, über Schändung und Mißhandlung, über die Mißachtung der bescheidensten Menschenrechte, ging der Faschismus allerorts seinen blutbefleckten Weg.

Die Arbeiterklasse setzte sich zur Wehr. In einigen Ländern war sie überrumpelt worden und liegt dort, aus tausend Wunden blutend, am Boden, aber in einigen anderen Ländern organisierte sie rechtzeitig den Widerstand. Insbesondere in dem kleinen Deutsch-Österreich gelang die Verteidigung in besonders glücklicher Weise. Die deutschösterreichischen Arbeiter begannen den Faschismus mit den gleichen Waffen zu bekämpfen, mit denen er sie bedrohte. Sie scheuten sich nicht, der Gewalt des Faschismus die Gewalt einer wehrhaften Demokratie entgegenzustellen. Sie schufen die ersten Kampfesorganisationen, die, von wehrhaftem Geiste erfüllt, als eine organisierte Tatbereitschaft der faschistischen Reaktion entgegentreten.

Das österreichische Beispiel machte Schule. In Deutschland entstand das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“, das sich tapfer gegen die Reaktionen aller Schattierungen schlug und das mit berechtigtem Stolz von sich sagen kann, daß es der faschistischen Hochflut in Deutschland einen mächtigen Damm entgegengestellt hat. Aber auch in anderen Ländern, in denen die faschistische Gefahr groß geworden war, entstanden tatkräftige Abwehrorganisationen, so in Belgien, in Polen, in Jugoslawien, in der Tschechoslowakei und in Lettland. Alle diese Organisationen waren bei der internationalen Konferenz in Wien vertreten und es ist bezeichnend, daß sie alle von vornherein den Wunsch äußerten, die bisher schon bestehenden losen Verbindungen enger zu knüpfen. Freilich, die Schaffung einer internationalen Antifaschisten-Organisation wäre zu weittragend, mindestens noch zu verfrüht gewesen. Deshalb einigte man sich auf die Schaffung einer bloßen Kommission, in der die Fäden des internationalen Abwehrkampfes zusammenlaufen sollen. In dieser Form wird die Internationale des Antifaschismus gewiß eine fruchtbringende Tätigkeit entfalten können.

Neuengroß ist die Gefahr, die der Arbeiterklasse aller Länder durch den Faschismus droht. Wo die Demokratie zu Boden gemorren wird, verliert die Arbeiterschaft die Möglichkeit, sich politisch betätigen zu können und damit das Mittel des ökonomischen, gesellschaftlichen und kulturellen Aufstieges. Die Arbeiterklasse muß die Demokratie verteidigen, sonst gibt sie ihre Zukunft, den Sozialismus, preis.

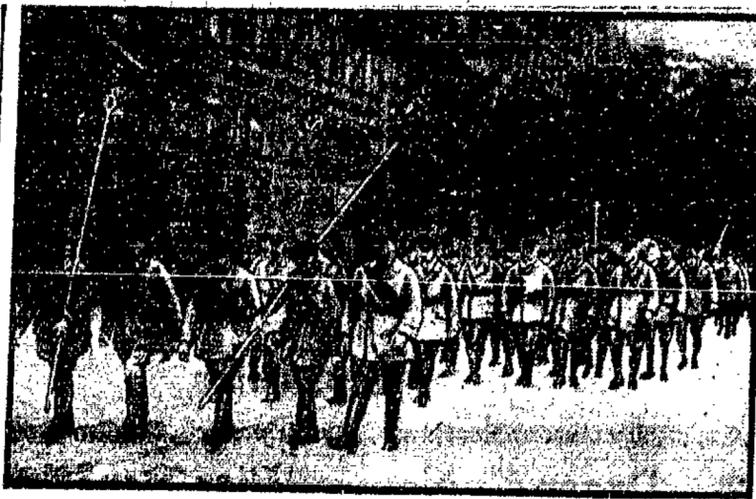
Die neuengründete Internationale ist nichts als eine Waffengemeinschaft selbstkündiger und selbständig bleibender Verbände. Die antifaschistische Bewegung unterliegt in jedem Lande den besonderen politischen und ökonomischen Lage des eigenen Kampfabietes. Der Kampf gegen den Faschismus kann nicht von einer zentralen Stelle geleitet werden, wohl aber kann von ihr aus manche Befruchtung und manche Anregung kommen. Es ist zu hoffen, daß die Internationale Kommission von Wien aus dieser Aufgabe gerecht wird. Bei aller Begrenzung, die sich aus der Natur der Sache ergibt, hat sie des großen Heiles eingedenk zu sein, einen der gefährlichsten Feinde der Arbeiterklasse zu treffen und ihn mit den Methoden wehrhafter Demokratie zu schlagen.

Die Bäckischen fühlen sich von Hitler an die bayrische Regierung verraten.

München, 15. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Anlässlich einer Versammlung der Bäckischen Freiheitspartei München im Februar d. Js. mit Graf Reventlow als Redner schrieb das Organ Hitlers, der „Bäckische Beobachter“, von der Fraktion des Bäckischen Blods im Bayerischen Landtag als von einer Gruppe der Stänkerer und Verrätergesindel. Das führte zu einer Beleidigungssache von sieben bäckischen Landtagsabgeordneten gegen Hitler und den verantwortlichen Redakteur seines Blattes, die am Donnerstag vor dem Amtsgericht in München verhandelt wurde. In einer einstündigen Rede gab Hitler selbst ein Bild der Zersplitterung der bäckischen Bewegung und betonte dabei, daß die heutigen bäckischen Abgeordneten bei den Wahlen 1924 bindend auf seinen Namen gewählt worden seien und daß auch nur in seinem Namen Finanzierung der Wahl möglich gewesen sei. Für die Kläger sprach der bäckische Landtagsabgeordnete Dörfler, von Beruf Landgerichtsrat. Dieser war in der Lage, mit Erlaubnis des gegenwärtigen Ministerpräsidenten Held folgende Sensation bekannt zu geben: Hitler war am Tage nach seiner Entlassung aus der Strafanstalt Landsberg bei Held und bat um Begnadigung seiner Mitgefangenen. Am anderen Tage sprach er noch einmal bei Held vor und erklärte sich bei dieser Gelegenheit bereit, seine Person der Bayerischen Volkspartei zur Verfügung zu stellen und dafür einzutreten, daß die auf der bäckischen Liste gewählten Abgeordneten sich an einer Regierung mit der Bayerischen Volkspartei beteiligen würden.

Bei der Wiedergabe dieser Begebenheit durch den Abgeordneten Dörfler wurde Hitler im Gerichtssaal außerordentlich aufgeregt und schlug wiederholt mit der Faust auf den Tisch, so daß er mehrmals vom Richter zur Ordnung aufgerufen wurde.

In der weiteren Verhandlung anlässlich der Beleidigungssache der bäckischen Landtagsabgeordneten gegen Hitler wandte sich der Kläger Dörfler noch einmal persönlich an Hitler, wobei er erklärte: „Die nächsten Wahlen werden sowohl für uns vom bäckischen Blod als auch für Sie, Herr Hitler, ein großes Debacle bringen. Wir gehen aber dann wenigstens mit gutem Gewissen aus dem Landtag hinaus!“ Hitler versuchte zum Schluss die fatale Angelegenheit seines Besuches beim Ministerpräsidenten Dr. Held und sein Angebot an diesen zu verwickeln. Es blieb aber bei einem jämmerlichen Versuch. Hitler hatte außerdem einen außerordentlich umfangreichen Beweisantrag mit nicht weniger als 50 benannten Zeugen dem Gericht übergeben. Es wurde deshalb die Verhandlung bis auf weiteres unterbrochen, um der Klägerpartei Gelegenheit zu geben, diesen Beweisantrag zu studieren. Auch von dieser Seite wurden dann rund 50 Zeugen benannt, darunter der Ministerpräsident Dr. Held.



Keine polizeilichen Befugnisse der Reichswehr.

Die Frage, ob die Reichswehr berechtigt ist, unter Umständen polizeiliche Befugnisse auszuüben, gehört zu den Problemen, die heute noch langwierige Kompetenzkonflikte heraufbeschwören.

Regierungsdirektor Dr. Janich, ein Zentrumsjurist, der dem preussischen Innenministerium zugeteilt ist, unterzieht die Streitfrage im Heft 13 der Zeitschrift für das Polizei- und Kriminalwesen „Polizei“ einer eingehenden Untersuchung. Er macht darauf aufmerksam, daß schon vor dem Kriege die Polizeigewalt des Militärs durch die preussische Verfassung von 1850 auf ganz spezielle Fälle beschränkt war. Sie durfte nur zur Unterdrückung innerer Unruhen und zur Ausführung der Befehle in den vom Geleite bestimmten Fällen und Formen und auf Requisition der Zivilbehörde verwendet werden.

Die Weimarer Verfassung hat eine grundlegende Veränderung der Rechtslage geschaffen. Die Reichswehr ist im Gegensatz zu früher Reichsarmee geworden, die Polizei ist Aufgabe der Länder geblieben. Damit ist nach innen wie nach außen der Trennungstrieb scharf gezogen worden. Die Wehrmacht darf in die polizeilichen Befugnisse der Länder nicht mehr selbständig eingreifen. Auch Artikel 48 der Reichsverfassung gibt nach Ansicht des Verfassers dazu keine Handhabe.

Wo die Reichsregierung wirksam wird, übernimmt das Militär nicht die Ausübung polizeilicher Tätigkeit in Vertretung der Polizei, sondern tritt als besonderes Reichsorgan kraft Reichsrecht in besonderer Funktion auf.

Dr. Janich kommt damit zu dem Urteil, daß die geltenden Dienstvorschriften der Reichswehr, soweit sie Bestimmungen polizeilicher Art enthalten, die über den Rahmen der Reichswehr zumutenden Anstaltspolizei hinausgehen, die Grenzen des Notwehrrechts überschreiten oder nicht lediglich für den Fall einer Reichsrevolte bestimmt sind, nach außen keine rechtsverbindliche Kraft haben und keine polizeilichen Befugnisse der Reichswehr begründen können.

Darüber hinaus ist aber das Recht auf die Anstaltspolizei innerhalb des eigenen Betriebes an gewisse Grenzen gebunden. Die Militärverwaltung unterliegt, wie jede andere öffentliche Anstalt, Reichs- und Landesgesetz, der allgemeinen Polizei. Das führt nicht selten zu Streitigkeiten mit der Militärverwaltung. Dr. Janich führt dafür einige interessante Beispiele an:

So hat sich z. B. ein Wehrkreiskommando, dessen Sitz in Preußen liegt, auf den Standpunkt gestellt, die Polizei habe kein Recht dazu, nach den Gründen zu forschen, die einen Angehörigen der Reichswehr zur Begehung eines Selbstmordes veranlaßt haben, und diese Auffassung damit begründet, daß es sich dabei um eine innere Angelegenheit der Reichswehr handle. Eine solche Auffassung wird als irrig abgelehnt werden müssen. Die Aufklärung nichtnatürlicher Todesfälle ist Aufgabe der Polizei in ihrer Eigenschaft als gerichtlicher Polizei. So lange es eine besondere Militärgerichtsbarkeit gab, konnten die Militärgerichtsbehörden etwa erforderliche Ermittlungen mit den ihnen zur Verfügung stehenden Militärorganen anstellen. Nach Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit sind jedoch die ordentlichen Gerichte zuständig geworden; mit der Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte greift aber nach den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen auch das Recht und die Pflicht der ordentlichen Polizei, herartige Vorgänge gegebenenfalls aufzuklären, Platz.

Die Darlegungen Dr. Janichs zeigen den grundlegenden Unterschied, der zwischen der Wehrmacht der Kaiserzeit und der Reichswehr der deutschen Republik wenigstens rechtlich besteht. Der alte Obrigkeitsstaat ist beseitigt und mit ihm jene Art von Militär, die für sich ein Ausnahmeprivileg fordern zu dürfen glaubte.

Das Reichsbanner in Wien.

Die Wienfahrt des Reichsbanners nahm einen glänzenden Verlauf. Die aus Deutschland gekommenen Republikaner standen, umwozt von einem Heer von Fahnen, in Reih und Glied mit ihren Genossen aus Oesterreich, Belgien, Frankreich, Polen, Jugoslawien und vielen anderen Staaten.

Nachwirkungen des Volkstentseids im Zentrum.

In einer Zuschrift aus Kreisen des Jungzentrums, die das „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht, werden Angaben über interessante Erörterungen gemacht, die innerhalb der Berliner Zentrumspartei im Anschluß an den Volkstentseid geführt wurden. Der erweiterte Vorstand der Berliner Windthorstbünde hatte am 12. Juni beschlossen, die Mitglieder, die in ihrer Eigenschaft als Angehörige des Bundes gegen den offiziellen Standpunkt des Zentrums in der Frage der Fürstenaufhebung verstoßen hatten, auszuschließen. Eine Delegiertenversammlung der Windthorstbünde, die vor kurzem stattfand, hat diesen Vorstandsbeschluss rektifiziert. Sie erblide in dem Flugblatt des Reichsausschusses der katholischen Jugend zum Schutze des 7. Gebotes gegen die Fürsten, das auch einige Windthorstbünde unterzeichnet hatten, nicht einen Protest gegen die Rundgebung der Bischöfe oder eine offene Rebellion gegen die Partei, sondern eine Rundgebung katholischer Menschen die zum Ausdruck bringen wollte, daß ein „Ja“ zum Volkstentseid auch für Katholiken eine bittere Notwendigkeit bedeuten könne. Auf Grund dieser Auffassung, nahm die Versammlung eine Entschließung an, daß das Vergangene vergessen sein solle und daß die Windthorstbünde, die die Auffassung der Delegiertenversammlung als bindend anerkennen wollten, willkommen seien, sofern sie zur Mitarbeit im Gewerband bereit seien. Eine Resolution den Beifall der Parteileitung und des Reichsvorstandes der Windthorstbünde finden wird, ist allerdings noch ungewiß.

Auch an der Teilnahme junger Katholiken am Reichsbanner scheint in einigen Zentrumskreisen Anstoß genommen zu werden. Vor längerer Zeit soll von Vertretern des Klerus der Versuch gemacht worden sein, durch eine Rundgebung die katholische Jugend von dem Reichsbanner zu warnen. Dem entscheidenden Eintreten katholischer Parlamentarier soll dieser Schritt unterblieben sein. Es soll aber erwogen werden, eigene Zentrumskameradschaften zu gründen.

Gegen das Zeugnis-Zwangsverfahren. Gegen den Schriftsteller Lania ist bekanntlich vom Untersuchungsrichter das Zeugniszwangsverfahren eröffnet worden. Lania ist aufgeföhrt, sich zum 16. Juli zum Antritt der Haft zur Verfügung zu stellen. Es ist ihm bedeutet worden, daß die Haft gegen ihn wegen Verzögerung der Zeugnisaussagen solange ausgebehrt werden könne, bis das Verfahren, in dem keine Zeugnisaussage verlangt wird, abgeschlossen sei. Dieses Vorgehen des Untersuchungsrichters ist von prinzipieller Bedeutung. Der Rechtsbeistand Lania, Dr. Levi, hat sich deshalb an den preussischen Justizminister mit einer Eingabe gewandt, in der er ihn ersucht, diesem Skandal ein Ende zu machen. In seiner Eingabe schreibt Dr. Levi: „Es kann kaum einem Zweifel unterliegen, daß bei einer Neugestaltung der Strafprozessordnung, entsprechend der jetzigen sittlichen Anschauung aller in Betracht kommenden Kreise, das Zeugniszwangsverfahren des Journalisten geschriebenes Recht werden wird... Es wäre Aufgabe einer vernünftigen Rechtsanwendung, schon vor der Anwendung des geschriebenen Rechts diesen sittlichen Anschauungen Rechnung zu tragen.“ Zu den prinzipiellen Ermägungen gegen das Zeugniszwangsverfahren, die auch in der bürgerlichen Presse ein lebhaftes Echo finden, kommt in dem besonderen Falle hinzu, daß Lania militärisch hat, er habe seine Angaben aus völkischen Kreisen. Levi weist deshalb darauf hin: „Die Personen, die Herrn Lania informiert haben, stehen bei ihrer Betätigung in Gefahr, ernstlichen Schaden an Leib und Leben zu nehmen. Hiergegen kann ihnen niemand vorläufig Sicherheit gewähren, weder der Herr Oberstaatsanwalt in Halle, noch der Herr Untersuchungsrichter. Unter diesen Umständen das Zeugniszwangsverfahren durchzuführen, heißt nichts anderes, als Henneschens neue Opfer auf die Schlachttbank zu treiben.“ Das Vorgehen preussischer Justizbehörden im Falle Lania wird wegen seiner prinzipiellen Bedeutung auch die Berufsorganisationen der Presse beschäftigen müssen.

Der Bürge.

Roman von Th. S. Hall Caine.

103]

In ihrer Aufregung ließ sie hinunter ins Dorf, sie wollte dort nachfragen. Sie wollte zur Korvette hinausfahren — sie lag eben wie ein großes, hölzernes Gefäß zwischen dem düstern Himmel und der düstern Erde drängen in der Nacht. Da fiel ihr ein, daß sie sich ja doch nicht erklären dürfte, und kehrte wieder ins Haus zurück. Aus ihrem Zimmer hörte sie Stimmen drängen. Sie hielt an, um zu lauschen. Jenseit meinte sie, die ihres Kindes und ihres Gatten zu erkennen. Mit der einen hatte sie recht. Die andere aber war tiefer und härter als die Sirens.

„Und du heißt also Michael, mein waderer Bürge?“, sagte die Stimme, die ihr fremd und zugleich vertraut schien. „Wie du deiner Mutter gleich!“

Mit klopfendem Herzen trat Greeda ins Zimmer. Da eroberte sich ein Mann von der Bank, sah sie den kleinen Michael auf den Fußboden und wandte sich noch ihr zu. Es war Jakob.

Das Evangelium der Entlassung.

Was sich in der großen Welt während der Zeit der Gefangenschaft Svanlocks für andere Geschicke abgespielt hat, das ist hier erzählt. Wenn Michael wieder in Kopenhagen zurückgekehrt war, so war er ein anderer Mensch geworden. In den Dingen der Welt war er ein anderer Mensch geworden. In den Dingen der Welt war er ein anderer Mensch geworden. In den Dingen der Welt war er ein anderer Mensch geworden.

Das Verhältnis zwischen England und Dänemark war schon seit langer Zeit wieder ein gespanntes. Frankreich war zwischen sie getreten. Napoleon hatte mit den verschiedenen Mächten ein Bündnis gegen England geschlossen. Um Dänemark zu zwingen, demselben beizutreten, und seine Heine, das Königreich zu retten, in den Dienst der Allianz zu treten, wurde er von Napoleon in Dänemark einmarschieren zu lassen. Es kam dabei nicht nur Kopenhagen, sondern auch die Inseln zu liegen. Die Inseln waren unter englischer Herrschaft, und die Inseln waren unter englischer Herrschaft.

Als Jakob von dem Dache herab sah, war er sofort müde und der Kopf ihm schmerzte. Er sah die Wachen auf der Straße nach einem hohen in die Höhe kommen, wo er lag. Das Dänen war nicht freundlich. Jakob sah es, da wurde völlig betrunken sein, er war nur auf dem Dache. Jakob sah es.

zu bewachen auftrag habe. Nelson entbande sofort ein englisches Kriegsschiff mit Adam Heindrother an Bord und dem Befehl, die dänische Korvette zu kapern und den Gefangenen zu befreien.

Nelsons Ueberfall und Annexion der dänischen Schiffe hatte in ganz Europa großes Aufsehen erregt, und die Schrecken, die sich durch denselben überzogen haben. Wären diese Tat als allem Völkerricht auf's Auge schlagend aus. Als die Kunde davon auch nach Kopenhagen kam, da gläubte Jorgen Jorgensen, daß ein kühner Krieg zwischen Dänemark und England unvermeidlich sei. Bei seiner Kenntnis der englischen Seemacht konnte ihm der Gedanke eines solchen Krieges nicht fern sein. Dänemark mußte unterliegen. Da beschloß er, Michael Svanlocks noch schnell auf die See zu schaffen, bevor man in Jütland merkte, daß eine große Flotte zur Revolution und Befreiung angesetzt sei. Svanlocks machte er sich daran, an der Kommandantur der vor Kopenhagen ankernden Korvette einen Erlaß zu verfaßten, in welchem er ihn beauftragte, mit seinen Soldaten an Bord zu gehen und den Gefangenen freizusetzen.

Der Inhalt dieses Briefes wurde in Kopenhagen bekannt, ehe Jorgen ihn zur See geschickt hatte. Zwei Soldaten wollten ihn nach Kopenhagen bringen. Es war aber frühzeitig. Dieser Schreck lag über dem ganzen Land. Die Dänen konnten den Weg nicht, und ein isländischer Führer mußte empfinden werden, der es wagen würde, in dieser Jahreszeit die Soldaten durch die Raubsting-Gebirge zu schleppen. In allen Ecken der Stadt wurde nach einem solchen georicht und gefragt.

Gerade um jene Zeit war Jakob nach wehrlosbühniger Komposition nach Kopenhagen zurückgekehrt. Von hatte in dieser Zeit nie etwas von ihm gehört. Er war auch nur das Dänen seiner früheren Gefangenschaft. Niemand hätte ihn mehr erkannt, auch sein Benehmen war ganz verändert. Tag und Nacht lag er in den Ecken auf. Er trauf wie man ihn nie zuvor hatte finden sehen, er konnte, wie man ihn nie zuvor hatte finden hören, er lang wie man ihn nie hatte finden hören — dem anderen Menschen war er nicht mehr als ein Fremder, selbstloser Dänenheld und Kämpfer.

Als Jakob von dem Dache herab sah, war er sofort müde und der Kopf ihm schmerzte. Er sah die Wachen auf der Straße nach einem hohen in die Höhe kommen, wo er lag. Das Dänen war nicht freundlich. Jakob sah es, da wurde völlig betrunken sein, er war nur auf dem Dache. Jakob sah es.

„So?“ sagte Jakob mürrisch. „Wer weiß!“ und ging hinaus. „Gott sei Dank! Gott sei Dank!“ rief es in seinem Herzen, „nun ist meine Stunde da!“

„Ehe man ihn vernichte, war er schon aus Kopenhagen weg und schritt durch die Wüste Grimsen zu.“

Am folgenden Tag fand sich ein Führer, und die Wachen machten sich auf die Reise.

Bald darauf kam ein dänischer Kapitän von Kopenhagen in Kopenhagen an und brachte Jorgen Jorgensen die Kunde, daß von den Westmännern aus ein britisches Kriegsschiff gesehen worden sei, das Kurs gegen Islands Nordküste genommen habe. Diese Nachricht veretzte Jorgensen in die äußerste Aufregung. Er erhielt den Befehl, sofort zu gehen. So sicher, als England von der Korvette wußte, die vor Grimsen lag, wußte es auch von dem Gefangenen, den sie zu bewachen hatte. Die britischen Kapitäne zur See von Drake an — sagte er sich — wären alle Seeräuber und Halsabschneider gewesen. Wenn der Kapitän jenes Schiffes Michael Svanlocks bei seiner Ladung in Grimsen erschaffen finden würde, war als sicher anzunehmen, daß er sofort nach Kopenhagen fahren und nicht ruhen würde, bis er den Urheber seines Todes, den Gouverneur, am ersten besten Galgen dauern sehe.

In sollem Durcheinander seines hitzigen Kopfes beschloß Jorgen Jorgensen deshalb, seinen Befehl zur Verhinderung Michael Svanlocks zu widerrufen. Aber derselbe war schon einen ganzen Tag unterwegs. Sollte er jemanden nachsehen? „Die isländischen Führer sind eine Bande trüger Vagabunden“, sagte er sich, „nicht auf einen kann man sich verlassen.“ So kam er nicht weiter, selbst sich hinter den Wachen her auf den Weg zu machen. Vielleicht vermochte er, sie in Thingvellir einzuholen, vielleicht sie zu treffen, bevor sie in Hvalur ein Boot nahmen. Zwölf Stunden täglich wollte er reiten, so all er auch war, und wenn auch keiner ihn zu folgen vermochte.

So bestanden sich also vier verdächtige Parteien auf dem Weg nach Grimsen: das englische Kriegsschiff von Spithead, um die dänische Schleppe zu kapern, Abgesandte des Gouverneurs mit dem Befehl zu Svanlocks Hinrichtung, Jorgen Jorgensen selbst, um den Befehl zu widerrufen, und der rote Jakob, von dessen Wacht kein Mensch wußte.

Der erste, der sein Ziel erreichte, war Jakob.

(Fortsetzung folgt.)

Aus dem Reich.

Katholische Einflussnahme auf den Rundfunk. Der Zentralbildungsausschuss der katholischen Verbände Deutschlands hat nach der „Schlesischen Volkszeitung“ Richtlinien über seine Stellung zum Rundfunk aufgestellt, die sich gegen die Auffassung wenden, daß der Rundfunk als Kulturfördernd anzusehen sei und an dem Programm der Rundfunkanstaltungen grundsätzliche Kritik übten. ...

Ein Ehrenmal für Ebert, Erzberger und Rathenau. Das Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ errichtet auf dem Höhenstein, dem ersten Naturpark des rheinisch-westfälischen Industriegebietes, den drei Republikanernführern Ebert, Rathenau und Erzberger ein Ehrenmal, dessen Einweihung am 8. August stattfinden wird.

Der Oberbürgermeister von Brandenburg, Genosse Walter Austerlitz, ist an den Folgen der Operation einer schweren Kriegsverletzung in Berlin gestorben. Er galt als einer der tüchtigsten jüngeren Kommunalpolitiker unserer Partei.

„Nationale Festungen“ eines „Nationalsozialisten“. Das Haupt des Hitlerparks in Thüringen ist bekanntlich Dr. Dinter. Er wurde gestern im Weimarer Landtag schwer mitgenommen. Der Abgeordnete Kiehl (Soz.) fragte Dinter, ob er sich des Studenten erinnere, der sich in Examenangst seinerzeit mit der Tochter eines besonders peinlichen Professors verlobte und als die Prüfung bestanden war, sich a tempo wieder entlobte? ...

Die Kölner Stadtverordnetenversammlung genehmigte in ihrer Donnerstagssitzung eine größere Vorlage, durch die die Kölner Kasernen zu sehr vorteilhaften Bedingungen von der Stadt teils angekauft, teils gemietet werden. Die Stadtverwaltung hat die Absicht, die Räume in der Hauptsache für Aufgaben der Wohlfahrtspflege bereitzustellen. ...

Ausschluss der Religionsdiener aus Grundsteuerzuschüssen. In einer kleinen Anfrage führte ein Mitglied der Zentrumsfraktion des Preussischen Landtages Klage darüber, daß die Sollvorschrift des Gerichtsverfassungsgesetzes, wonach Religionsdiener usw. nicht zum Amt eines Schöffen berufen werden sollen, in ihrer homogenen Anwendung auf die Wählbarkeit zu den Grundsteuerzuschüssen zu eng ausgelegt werde. ...

Der Inhalt des Handelsvertrages mit der Schweiz.

Der soeben abgeschlossene und wahrscheinlich am 1. Januar 1927 in Kraft tretende deutsch-schweizerische Handelsvertrag läßt das am 6. November 1925 zustande gekommene vorläufige Zollabkommen zwischen den beiden Staaten ab. Gegenüber dem Vorläufigen Vertrag ist in dem neuen Vertrag der zollfreie Veredelungsverkehr nicht wieder aufgenommen worden. ...

Endgültige englisch-deutsche Luftfahrt-Verständigung? W.B. mebel aus London: In Antwort auf Anfragen erklärte der englische Unterstaatssekretär für das Luftwesen in Unterhaufe, der Entwurf des neuen englisch-deutschen Luftverkehrsabkommens sei vorbereitet. Er würde so weit fertiggestellt sein, daß er den deutschen maßgebenden Stellen zur Prüfung vorgelegt werden könnte. ...

Ein Kommunistenprozeß in Ungarn. In Budapest hat am Montag ein Prozeß gegen den Kommunisten Rakosy und Genossen wegen Aufruhrs begonnen. Bei der Vernehmung suchten die Angeklagten, die mit Moskau verbunden die Spaltung der ungarischen Sozialdemokratie und die Wiederaufrichtung der Räteherrschaft betrieben haben, sich als „national“ eingestellt hinzustellen. ...

Subapost, den 16. Juli 1926. (Sig. Funkh.) Am Kommunistenprozeß erhielt jetzt der Reichstagsabgeordnete Rosenfeld, der als Verteidiger den Verhandlungen beiwohnt, die Erlaubnis, mit den Führern der beiden Gruppen von Angeklagten, Rakosy und Stephan Bagg unter vier Augen zu sprechen. Rosenfeld erklärte dem Pressevertreter: Juristisch sei die Lage die, daß in Ungarn jeder eine strafbare Handlung begehe, der sich als Kommunist bezeichne. ...

Vor der Entscheidung der Verfassungsfrage in Polen. Warschau, 15. Juli. (Sig. Drahtbericht.) Die am Donnerstag zum ersten Male erschienene Tageszeitung „Głos Czerwony“, die von Freunden Wladimir herausgegeben wird, veröffentlicht an leitender Stelle einen Artikel unter dem Titel „Es eilt“, in dem festgestellt wird, daß trotz zweimonatigen Bestehens der Regierung Bartel die notwendige und durch die Mai-Revolution beachtete Reorganisation der staatlichen Ämter in sachlicher und personeller Beziehung noch nicht durchgeführt ist. ...

China auf dem Wege zur Rechtsouveränität?

Daß die ewigen Kämpfe der chinesischen Mächte gegen einander nicht den ausschließlichen und Hauptinhalt des innerpolitischen Lebens in China darstellen, sondern daß auch jäh und sacht an der friedlichen Durchlegung der nationalen Forderungen gearbeitet wird, zeigt die Tatsache, daß die seit mehr als einem Jahre schwebenden Verhandlungen über den „Gemischten Gerichtshof“ in Shanghai jetzt zu einem Erfolg für China geführt haben. ...

Die nächste englische Reichskonferenz wird laut Mitteilung Baldwin am 15. Oktober stattfinden. Ihre Aufgabe wird sein, eine Aussprache über alle Fragen der englischen Außenpolitik und der Landesverteidigung herbeizuführen. Andererseits sollen die wirtschaftlichen Fragen zwischen England und den Dominions geregelt werden. ...

kleine Auslandsnachrichten.

Die Geschiebung gegen die Farbigen in Südafrika. Am 12. Mai wurde in Südafrika das Gesetz gegen die Verwendung der Eingeborenen bei qualifizierten Arbeiten angenommen, trotz der Proteste seitens der Bergwerke, welche dadurch der billigen Arbeitskraft der Farbigen beraubt werden. ...

Umtliche Devisenkurse der Berliner Börse vom 15. Juli.

1 Pfund Sterling	20,401	100 fr. Francs	10,39
1 Dollar	4,195	100 sch. Kronen	12,421
100 belg. Gulden	163,56	100 Schweizer Francs	21,18
100 belg. Francs	9,52	100 Pesetas	66,40
100 norw. Kronen	91,93	100 schwed. Kronen	112,31
100 Danzig. Gulden	81,09	100000 ung. Kronen	5,585
100 Lire	14,17	100 öst. Schilling	59,2
100 dän. Kronen	111,22	100 Lotz	45,28

Aus aller Welt.

Ein Großindustrieller läßt seinen Angestellten ermorden. Eine sensationelle Mordtat, die schon über ein Jahr juristisch liegt, hat die Magdeburger Kriminalpolizei aufgedeckt. Es handelt sich darum, daß der Großindustrielle Rudolf Haas, einer der Direktoren der R. Haas u. Co., als der Anstifter zur Ermordung des früheren Buchhalters der Firma, Hermann Helling, nach einer langen Voruntersuchung entlarvt und verhaftet worden ist. ...

Bedeutliche Erdstöße sind in Berlin-Bischensee auf einem Gelände aufgetreten, das einstens ein Teufelssee war. Dieser See ist vor langem zugeschüttet worden. Auf dem so gewonnenen Gelände entstanden Fabrikgebäude, ein Sportplatz und Straßen. ...

Das größte Motorschiff der Welt. Italien baut gegenwärtig auf der Ansaldo-Werft das größte Motorschiff der Welt. Dieses Schiff, das den Namen „Augustus“ führt, hat nach einem Bericht von „Welt, Reederei, Hafen“ eine Tragfähigkeit von 10.700 Tonnen, ein zugehöriges Deplacement von 22.500 Tonnen und eine Maschinenleistung von 28.000 PS. ...

Schauspielhaus.
Opernbühne. 12707
Tel. Stephan 37 463.
Täglich 8 Uhr:
Der große Erfolg!
Die verkaufte Frau
Dienstag, den 20. Juli,
abends 8 Uhr:
Zum 25. Male!
Die verkaufte Frau

Victoria-Theater. — 8 1/2 Uhr
Tagebuch
einer
Verlorenen
5 Bühnen-Akte nach
dem weltberühmten
Roman von
Margarete Böhm
Erwerblose
zahlen geg. Vorzeigung
d. Erwerb-Karte auf
Parkett
Terrassen
Park.-Loge
50 Pl.

Liebich-Theater — Telefon —
Stephan 34646
Heute Freitag, den 16. Juli, abends 8 Uhr:
Der große Revue-Erfolg
Was Frauen träumen!
Der Reizart der Vorstellung ist für unsere durch das Hochwasser i. Riesengebirge schwer geschädigten Landolente bestimmt

Im Garten-Kino:
Pat und Patachon
auf der **Wolfsjagd**
Nur noch bis Sonntag!
Promenaden-Theater Dominikaner-Platz Promenade
Berücksichtigt unsere Inferenten!



Liebich-Theater
Telefon: Stephan 34646.
Täglich 8 Uhr
Die letzten Vorstellungen der Revue:
Was Frauen träumen
Abschieds-Vorstellung:
Dienstag, den 20. Juli,
abends 7 1/2 Uhr.

Schlesisches Landesorchester
Heute Freitag, 7 1/2 Uhr:
Südparkkonzert
Wagner-Weber-Abend
Leit. Masaryk. Eintritt 60 Pl.

T. d. N. Fürstenstraße Nr. 32
Linie 1, 21, 18, 16, 23.
Ab Freitag, den 16. Juli:
der große Lustspielfilm **Henny Porten in**
Rosen aus dem Süden
und großes Balprogramm.
Beginn: Wochentags 6 und 8 1/2 Uhr,
Sonntags 4, 6 1/2 u. 8 1/2 Uhr.

Sehweise elegante
Frad-u. Hof-Plätze
Herm. Mohaupt
Karlstraße 1, L. Tel. 97.1301
früher Albrechtstraße.
Fahrräder
neue und gebrauchte verkauft
billigst. Teilzahlung gest.
Reparaturen prompt, schnell
und billig. Umbau v. Rahmen.
Cholet & Gebauer
Krausenohle 22. 12715
Lachen links!
Das Witzblatt der Republik
Heft 25 Pfennige.
Zu beziehen durch die Buchhandlung „Volkswacht“ und die Zeitungsträgerinnen.

SPD. Distrikt 35
Sonntag, den 18. Juli,
im Saale und Garten des
„Jägerhof“, Gröbschener Str. 181/183
Fahnen-Weihe
bestehend in:
Festrede * Gartenkonzert
Gesangsvorträgen * Tanz usw.
PROGRAMM:
2.30 Uhr: Anreden der Distriktmitglieder und Fahnen der Nachbardsiriete unter Vorantritt einer Musikkapelle zum Abholen der Fahne.
4.30 Uhr: Beginn der Fahnenweihe im Garten des Jägerhof. **Gesang: Prolog: Entfaltung der Fahne: Weiherede des Genossen Hugo Frey: Gesang.**
Anschließend:
Gartenkonzert: Kinderbelustigungen
Lampionanzug bei Beleuchtung des Gartens.
Im Saale: **TANZ!** Im Saale: **TANZ!**
Eintritt inkl. Steuer 30 Pl. Eintrittskarten bei den Distriktmitgliedern und an der Kasse. Zu zahlreichem Besuch ladet ein. Das Festkomitee.

Buchhandlung Volkswacht Modernes Antiquariat
Breslau 3 Neue Graupenstraße 5
Fledermaus
Klosterstraße—Stadtgraben.
Ab Freitag, den 16.—22. Juli
Ein Riesensprogramm, das nicht zu schlagen ist
6 Akte **Karnevalsrausch** 6 Akte
Hauptrollen: Natalia Kovanko, Nikolaus Kolla.
6 Akte **Finish** 6 Akte
Ein gewaltiger Sportroman v. Liebe, Pferd u. Hund.
Deutig-Woche 12747
Und dieses alles schon für 50 Pl. — Beginn täglich 4 1/2, Sonnt. 3 Uhr. Letzte Vorst. täglich 8 1/2 Uhr.
Erwerblos nur Montag und Freitag von 4 1/2—6 1/2 Uhr 30 Pl.

Sonder-Tage
für
Damen-Konfektion
zu
fabelhaften Serien-Preisen!

Druckerei Volkswacht
fertig moderne Druckmaschinen
Breslau 2 Gürtelstraße 4/6

Am Vorabend einer Weltkatastrophe??
Vorabend, aufsehenerregend beantwortet Hans Alexander diese Frage in der schon erschienenen hochaktuellen Broschüre:
Der Weltmord im kommenden Giftgas-Kriege.
Was dem Inhalt: „Sündenhaft für einen neuen Weltkrieg“, „ein Giftgas für 60 Millionen Menschen“, „der Tag der Vergeltung“, „der letzte Tag“.
Preis M. 1.20 bei Vorkauf, Nachnahme M. 1.35.
Westverlag Ronacher, Breslau 13 — Auguststraße 132. — Postfachkonto 58819 Breslau.

UP
Beginn:
Wochentags 6 00, 8 00
Sonntags 4 00, 6 15, 8 00
Ab Freitag, den 16. Juli
Ruth Weyher in
Frauen und Banknoten
Eine Verworfene
Ufa-Wochenschau 12736
Ab Dienstag, den 20. Juli:
Vorderhaus u. Hinterhaus
Der Frauenbändiger
Ufa-Wochenschau

Jugendl. Kleid aus neuemustertem Waschmousseline Stück **1.95**
Kasaks aus Waschmousseline Stück **1.95**
Ein Posten **Kasaks** aus Vollvoile, farbig u. weiß, zum Ausschuchen, Stück **1.95**
Kinder-Kleidchen Lein- u. Waschmouss., für 5 Jahre Stück **1.95**
Eine größere Menge **Seiden-Kasaks** aus K.-seid. Trikot, m. andersfarbig. Garnier., Stück **3.95, 2.95 1.45**
Plottes **Mousseline-Backfischkleid** Stück **2.95**
Kasaks aus Mousseline, flott verarbeitet Stück **2.95**
Leinen-Kleid aus Zephir Stück **2.95**
Wasch-Mousselinekleid neuartige Muster und Garnierung Stück **3.95**
Kostüm-Rock aus guten Strapazierstoffen Stück **3.95**
Waschseiden-Kasak viele Muster Stück **3.95**
Voll-Volle-Kleider m. Blumenornamenten Stück **3.95**
Waschseiden-Kleid Eine größere Menge **Vollvoilkleider** in hellen Farben Stück **3.95, 2.95 3.95**
Kleid aus waschbarem Crêpe marocaine Stück **4.95**
Kasak aus Waschseide Stück **4.95**
Kleid aus gutem Waschkrepp Stück **4.95**
Kostüm-Rock aus Kaningarn Stück **4.95**
Waschseiden-Kleid besond. flott garniert Stück **5.95**
Wander-Kleid aus Trachtenzephir Stück **5.95**
Voll-Volle-Kleid mit Handstüchen Stück **5.95**
Kleid aus Bastseidenart, mit bunter Bordüre Stück **6.95**
Kleid aus fein gemustertem Waschkrepp Stück **6.95**
Frauen-Kleid nur Wasch-Mousseline extra weit und lang Stück **6.95**

BUFR
FILMTHEATER
Konzerthaus, Gartenstraße 39
Nur bis Montag
Trude, die Sechzehnjährige
mit der großen deutschen Besetzung.
Ferner eine lustige Geschichte in 6 Akten:
Postlagernd 202.
Dienstag bis Donnerstag
Auf 1000fachen Wunsch:
Das alte Gesetz
mit Henny Porten, Deutsch u. a. m.
Anfang 4 1/2, 6 1/2, 8 1/2 Uhr.
Die bereits aufgegebenen Vorbestellungen zum alten Gesetz können nicht berücksichtigt werden. — Der Verkauf an der Theaterkasse hat bereits begonnen.

Schlesierspiele am Zoblen
Graf Peter
Schlesiens Statthalter
Ein Spiel a. d. 12. Jahrh. v. Theo. Joh. Mann
inszen.: Ludwig Berg, Verein Theater Breslau
Einzige große Felsen-Waldbühne!
Mittwoch, Sonnab., Sonntag 4 1/2—8 Uhr.
1. Preis: 0.75—2.00 Mk., Vorverkauf d. Gobr. Garsach, Breslau
Züge nach Zoblen ab Breslau Hbf.: 2.00, 10.41, 2.43 Uhr

Warburg
Reinhold Schünzel
in seiner besten Rolle
Die Perle des Regiments
Eine unpolitische Angelegenheit.
Gutes Reiprogramm! **Deutig-Woche!**
Sonntag 3 Uhr: **Gr. Kindervorstellung.**
Das große Lustspielprogramm.

Feintoft- und Lebensmittel-Großhandlung
Max Schönfelder
Breslau I, Albrechtstraße 56.
Dem Hochsommer Rechnung tragend, biete ich heute als ganz besonders preiswert an:
Limonaden-Fruchtsäfte.
Himbeerjast, hergestellt aus Himbeeren dieses jähriger Ernte, mit 65% reiner Raffinade eingedickt
die 1/2 Flasche (Champ.-Flasche) M. 1.25
die 1/3 Flasche (Champ.-Flasche) M. 0.75
die 1/3 Flasche (Flacon) M. 0.60
Kirchjast die 1/2 Flasche M. 1.50
die 1/3 Flasche M. 1.—
Johannisbeerjast die 1/2 Flasche M. 1.50
die 1/3 Flasche M. 1.—
Zitronenjast, gesüßt, mit Klotzen die 1/2 Flasche M. 1.40
Orangine, herzerfrischend die 1/2 Flasche M. 1.60
Im übrigen möchte ich mich heute weiterer Ausführungen enthalten, aber im eigensten Interesse des lesenden Publikums bitte ich, meine **neuesten Schwanenker-Vorstellungen** genau zu beachten und Nutzen daraus zu ziehen. Sie bieten sofort ein klares Bild meiner Leistungsfähigkeit auf dem **Feintoft- und Lebensmittelmarkt.**
Der Weg lohnt sich und verpflichtet zu nichts.
Max Schönfelder
Breslau I, Albrechtstr. 56.

Beginn:
Wochentags 6 00, 8 00
Sonntags 4 00, 6 15, 8 00
Ab Freitag, den 16. Juli
Die Bräute der Verzweiflung
6 Akte
Kompromittiert
Ufa-Wochenschau
Ab Dienstag, den 20. Juli:
Maria Pascal
Wie hartere ich meinen Mann?
Ufa-Wochenschau

Herren-, Damen- und Kinder-Sommer-Bekleidung
in
reicher Auswahl
zu
billigsten Preisen!

500 Stück
moderne
Damen-Hüte
günstigste Preise
viels Formen u. Gefächte
Stück **1.25**

Messner
500 Stück
moderne
Damen-Hüte
günstigste Preise
viels Formen u. Gefächte
Stück **1.25**

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 16. Juli.

Ein Gang durch die Siedlung Eichborngarten.

Im Südwesten von Breslau, umgrenzt von Umgebungsbahn, Gräbchener, Krawitzer- und Koonstraße, ist in den Jahren nach dem Kriege, eine neue, vielen Breslauern unbekannt Stadt im Kleinen entstanden. Aus bescheidenen Anfängen hat hier die Siedlungsgenossenschaft „Eigenheim Eichborngarten“ auf gemeinnütziger Grundlage ein Siedlungswerk entstehen lassen, das zu den größten geschlossenen Siedlungen zählt. Die Siedlung umfaßt etwa 3000 Bewohner, 700 Wohnungen, meistens Einfamilienhäuser. Die Häuser an den Verkehrsstraßen — Krawitzer- und Hochwaldstraße — sind mit größeren Häusern, bestehend aus Erdgeschoss, ersten und zweiten Stock, bebaut. Am Eingang der Siedlung, Gräbchener Straße, befindet sich ein Geschäftshaus, durch dessen Torbogen man die Siedlung betritt und in dem alle notwendigen Geschäfte vereinigt sind.

Das Wohnen in der Siedlung bietet gegen die Wohnweise in der Stadt erhebliche Vorteile, denn kaum irgendwo hat eine ungeheure Zusammenballung der Menschenmassen stattgefunden, wie in Breslau. Wohnen doch in einem Grundstück in Breslau durchschnittlich 52 Menschen. Völlige Entfremdung von der Erde ist die Folge. Auch ist eine ordnungsmäßige Kindererziehung im Massenmietshaus aus Mangel an Spiel- und Bewegungsraum nicht möglich. In der Eichborngarten-Siedlung haben die Kinder reine, frische Luft. Jedes Heim hat einen schönen Garten. Ebenso notwendig wie das Kind, braucht der erwachsene, der die gesunde Grobfrucht der Ruhe, Frieden, Licht und Sonne. Man merkt es den Bewohnern der Siedlung Eichborngarten an, daß sie ihr Eigenheim zu schätzen wissen.

Ein Eigenheim ist keine prunkvolle „Villa“. Das Einfamilienhaus ist zumeist ein vom Keller bis zum Dachstuhl vom Nachbarn nur durch eine Wandmauer getrenntes Häuschen, bestehend aus Erd- und Obergeschoss. Mehrere davon sind stets zu einem Block aneinander gereiht. Dadurch werden erhebliche Ersparnisse erzielt. In genaueren Stellungen können die Siedlungsbewohner bequem Hühner- und Kleintierzucht betreiben.

Man hat gegen das Einfamilienhaus eingewandt: Wenn man alle Menschen in Einfamilienhäusern unterbringen wollte, reichte der Raum von ganz Deutschland dazu nicht aus. Nehmen wir an, in Deutschland wären 10 Millionen Familien. Jede Familie bestände 400 Quadratmeter Land für Haus und Garten. So würden 10 000 000 x 400 = 4 000 000 000 Quadratmeter Land oder 4000 Quadratkilometer verbraucht. Deutschland ist 472 082 Quadratkilometer groß. Das wäre nur 1 Prozent des deutschen Bodens.

Die Bauausführung der Siedlungshäuser von Eichborngarten ist durchaus friedensmäßig und besser wie bei manchem Haus aus der „guten“ Vorkriegszeit, das von der Spekulation gebaut wurde. Schon der äußere Anblick der hübschen Häuschen zeigt dies selbst dem Laien. Die Zimmer sind zwar nicht übermäßig hoch und groß, bieten aber den Vorteil leichter Heizbarkeit.

Was das Wohnen in solch einer Siedlung bedeutet, kann nur der ermessen, der in der Stadt in einem lichtlosen Hofe wohnt, wo nur trübe Luft hineindringt. In einer so großen Siedlung, wie es „Eichborngarten“ im Laufe der Zeit geworden ist, können so ziemlich alle Bedürfnisse des täglichen Lebens in den Geschäften an Ort und Stelle gedeckt werden. Dazu aber wird fast alles — mehr wie in der Stadt selbst — ins Haus gebracht. Auch die Entfernung zu den Schulen ist gering, da Volks- und höhere Schulen in erreichbarer Nähe sind. Besonders angenehm ist, daß die Kleinsten beim Schulbesuch keine Verkehrsstraßen zu passieren brauchen. Bequeme Straßenbahnverbindungen erleichtern den Verkehr zur Stadt und wieder zurück.

Da die Stadt Breslau die schlimmsten Wohnungsverhältnisse von allen Großstädten Deutschlands hat, sind Siedlungen wie „Eichborngarten“ eine gesundheitliche Notwendigkeit.

Änderungen der gesetzlichen Wochenhilfe.

Am 30. Juni dieses Jahres ist vom Reichstag ein zweites Gesetz über Veränderung der Krankenversicherung in dritter Lesung angenommen worden, das in der Hauptsache die Wochenhilfe der Krankenkassen betrifft. Die Voraussetzungen zum Bezuge der Wochenhilfe sind gleich geblieben, also insbesondere die vorgeschriebene Wartezeit von zehn Monaten innerhalb zweier Jahre. Geändert sind dagegen verschiedene Leistungen im Sinne einer Besserstellung der Wöchnerinnen. Bisher galten als Mindestleistungen für alle Wöchnerinnen, die von einer Krankenkasse Wochenhilfe erhielten, folgende Sätze:

Table with 2 columns: Item, Amount. Includes Entbindungskostenbeitrag, Wochengeld für 71 Tage, Stillgeld für 85 Tage.

Dazu kam noch als Sachleistung ärztliche Behandlung, sofern sie bei der Entbindung erforderlich wurde. Nach dem neuen Gesetz erhalten die Wöchnerinnen folgende Mindestleistungen:

Table with 2 columns: Item, Amount. Includes Entbindungskostenbeitrag, Wochengeld für 85 Tage, Stillgeld für 85 Tage.

Dazu kommt freie Hebammenhilfe, freie Arznei und kleinere Heilmittel und auch freie ärztliche Behandlung. Die Geldbeiträge wurden entsprechend dieser Erweiterung der Sachleistungen herabgesetzt. Die Neuregelung bedeutet also praktisch, daß die Wöchnerinnen irgendwelche Beträge für Hebamme, Arzt oder Arznei nicht aufwenden brauchen. Hervorzuheben ist noch, daß im Gesetz ausdrücklich vorgesehen ist, daß die Hebammen nicht berechtigt sind, weitergehende Ansprüche an die Wöchnerinnen zu stellen. Die Hebammen werden direkt von den Krankenkassen bezahlt. Erwähnenswert ist weiter, daß das Wochengeld schon sechs Wochen vor der Entbindung gezahlt wird, wenn der Arzt feststellt, daß die Entbindung voraussichtlich innerhalb sechs Wochen stattfinden wird. Die Schwangeren, die in diesem Zeitraum Wochengeld erhalten, dürfen selbstverständlich nicht arbeiten, sonst werden ihnen die Bezüge entzogen. Diese eben gekennzeichneten Veränderungen treten in Kraft mit dem 1. Oktober dieses Jahres.

Ferien-Monatskarten auf der Straßenbahn.

Die städtische Straßenbahn wird in diesem Jahre versuchsweise Ferien-Monatskarten ausgeben, die in der Zeit vom 16. Juli bis 15. August die Berechtigung der übrigen tarifmäßigen Monatskarten gewähren und zu den tarifmäßigen Preisen der Monatskarten ausgegeben werden. Es werden Netz-, Doppelstrecken- und Streckenkarten sowohl für Erwachsene als auch für Schulkinder ausgegeben, die mit einem Bildnis des Inhabers versehen sind. Die Ausgabe erfolgt nur in der Kasse der städtischen Straßenbahn, Steinstraße 71/73, vom 16. dieses Monats ab. Die Karten werden nur bei gleichzeitiger Vorlegung des Lichtbildes verabfolgt.

Der Umfang der Sozialversicherung.

Unsere Sozialversicherung hat, trotz ihrer sonstigen, nicht zu verachtenden Vorteile gegenüber ähnlichen Einrichtungen anderer Länder, einen großen Nachteil. Es ist dies die Trennung derselben in eine Arbeiter- und eine Angestelltenversicherung. Dieser Unterschied zwischen Arbeitern und Angestellten liegt in der geschichtlichen Entwicklung der Sozialversicherung begründet. Die Versicherung war in ihren Anfangsstadien nur für die wirtschaftlich schwächsten Bevölkerungsteile geschaffen und eingerichtet. Diese schwächsten Kreise waren und sind auch heute noch die Handarbeiter. Unter „Arbeiter“ faßt man alle die Berufsgruppen zusammen, die sich im Gegensatz zu den geistig Arbeitenden durch ihre Hände Arbeit ihren Lebensunterhalt verdienen müssen. Die Angestellten schneiden in der Sozialversicherung schlecht ab. Diese Arbeitnehmerschicht hat nicht nur in der Sozialversicherung, sondern auch in der gesamten Arbeiterbewegung und Arbeiterkulturbewegung eine besondere Stellung. Diese Sonderstellung war durch die wirtschaftlichen Verhältnisse der Angestellten geboten. Heute kann man diesen Grund jedoch nicht mehr als stichhaltig anerkennen. Die Angestellten, wenigstens ihre übergroße Mehrzahl, gehört heute genau so zu dem Proletariat wie jeder Handarbeiter. Die Angestellten sind genau so der Willkür ihrer Arbeitgeber ausgeliefert wie die Arbeiter. Ihre Arbeitskraft müssen sie ebenso billig und wegen der schlechten Lage auf dem Arbeitsmarkt der Angestellten oft noch billiger verkaufen wie die Handarbeiter. Hierzu kommt noch, daß die Angestellten den Wert des gesellschaftlichen Zusammenschlusses noch nicht in dem nötigen Maße erkannt haben. Sie haben für sich deshalb die Vorteile einer angemessenen Versicherung und anderer Schutzgesetze noch nicht in dem notwendigen und gewünschten Maße durchsetzen können. Die von den früheren Regierungen künstlich unterjochte Sonderstellung der Angestellten ist auch auf politische Motive zurückzuführen. Man brauchte die Angestellten zur Vermehrung des sogenannten Mittelstandes, des Bindegliedes zwischen heillosem Proletariat und Kapitalisten. Auf die gleichen Gründe ist es auch zurückzuführen, daß auch heute noch kein einziger Teil der Versicherung sämtliche Arbeiter oder Angestellten umfaßt. Obgleich weitläufig der größte Teil der Arbeitnehmer der Versicherung unterliegt, gibt es doch noch manche Berufsgruppe, die von dem Vorteil der Versicherung ausgeschlossen ist. Für die deutsche Sozialversicherung ist bezeichnend, daß bei einzelnen Versicherungszweigen Einkommensgrenzen festgesetzt sind, eine Versicherungspflicht liegt dann nur bis zu deren Erreichung vor. Welche Nachteile dieses System hat, lehre und zeige die Inflation. Die Einkommens- und damit die Versicherungsgrenzen mußten alle Augenblicke erhöht und den wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßt werden. Die Festsetzung dieser Einkommensgrenzen steht auch im direkten Widerspruch zu dem Gedanken der Sozialversicherung überhaupt. Durch den Zusammenschluß aller Arbeitnehmer soll das der Versicherung zugrunde liegende Gefahrenrisiko ausgeglichen werden. Dies kann jedoch nicht in dem notwendigen Maße geschehen, wenn die zahlungskraftigeren Schichten der Arbeitnehmer von der Versicherung ausgeschlossen werden.

Die Gewerkschaften sind im Interesse der Leistungsfähigkeit der Versicherung und damit aller Versicherten stets für eine Aufhebung dieser Einkommensgrenzen hauptsächlich in der Krankenversicherung eingetreten. Die Verze und die hinter ihnen stehenden Rechtsparteien setzen diesen Bestrebungen den größten Widerstand entgegen, da sie durch die Aufhebung eine Abnahme der Privatrenten und damit eine Herabminderung ihrer Einnahmen fürchteten. Gerade das Gegenteil ist jedoch der Fall. Die der Versicherung nicht unterliegenden Arbeitnehmerschichten nehmen erfahrungsgemäß die Verze weniger in Anspruch als die versicherten

Kreise, da ja die ersteren die Kosten selbst bezahlen müssen, während es bei den Versicherten aus dem „großen Topf“ geht.

Der Krankenversicherung unterliegen als Pflichtmitglieder sämtliche gewerbliche Arbeitnehmer (Arbeiter, Gelehrten, Lehrlinge, Dienstboten usw.), ohne Rücksicht auf die Höhe ihres Einkommens. Angestellte (Techniker, Werkmeister, Handlungsgehilfen usw.) sind nur bis zu einer Jahreseinkommensgrenze von 2700 Mark der Versicherung unterworfen. Überschreitet das Einkommen diese Grenze, so können die Angestellten unter gewissen Voraussetzungen, die die einzelnen Kassenlagen vorzuschreiben, der Krankenversicherung freiwillig beitreten. Doch ist auch hier wieder eine Höchstgrenze festgesetzt.

Der Invalidenversicherung gehören als Pflichtmitglieder ebenfalls alle Arbeiter, Gelehrten usw. an. Eine Höchstgrenze des Einkommens für die gewerblichen Arbeitnehmer ist auch hier, wie in der Krankenversicherung, nicht festgesetzt. Von der Invalidenversicherung sind jedoch die Angestellten vollkommen ausgeschlossen. Es gilt für diese eine Sonderbestimmung, die

Angestelltenversicherung. Der Angestelltenversicherung unterliegen sämtliche Arbeitnehmer, sofern sie unter den Begriff „Angestellte“ fallen. Ein besonderer, von der Versicherung herausgehobener Berufsstatus führt die einzelnen Berufe näher auf. In der Angestelltenversicherung gibt es eine Höchstgrenze der Versicherungspflicht, welche augenblicklich 6000 Mark jährlich beträgt. Eine freiwillige Versicherung ist auch hier möglich.

Die Unfallversicherung ist ein besonders merkwürdiger Teil der Sozialversicherung. Der Versicherungskreis richtet sich hier nicht nach Personen, sondern nach Betrieben. Die der Versicherung unterliegenden Betriebe sind in der Reichsversicherungsordnung einzeln aufgezählt. Leider sind bisher nur die besonders gefährlichen Betriebe in die Versicherung einbezogen. Die oft genug erhobenen Forderungen, auch andere Betriebe unter die Versicherung fallen zu lassen, scheiterten. Es sind hier also nicht Personen, sondern Betriebe versichert. Demgemäß fallen nicht einzelne, sondern sämtliche im versicherten Betriebe tätigen Arbeitnehmer unter die Wohltat der Versicherung. Es spielt dabei keine Rolle, ob es sich um Arbeiter oder Angestellte handelt, unter gewissen Voraussetzungen sind sogar kleinere Arbeitgeber unter die Versicherung einbezogen. Eine gewisse indirekte Begrenzung gibt es jedoch auch hier. Diese Einschränkung ist in der Öffentlichkeit so gut wie gar nicht bekannt. Die Arbeitnehmer sind nämlich nur insoweit für die gesamte Höhe ihres Einkommens versichert, als dieses die Summe von 8400 Mark jährlich nicht übersteigt. Die Ausschüttung der Leistungen der Unfallversicherung erfolgt nach dem durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst. Die über 8400 Mark befindlichen Einkommensbeträge bleiben dabei unberücksichtigt.

In die Erwerbslosenfürsorge waren lange nur die krankenversicherungspflichtigen Personen einbezogen gewesen, also Arbeiter und Angestellte, letztere mit einem Einkommen unter 2700 Mark. Erst neuerdings fallen auch Angestellte unter die Erwerbslosenfürsorge, die ein Einkommen bis 6000 Mark haben und angestelltenversicherungspflichtig sind.

Wie schon eingangs erwähnt, bringt diese verschiedentliche Behandlung der Arbeitnehmergruppen und das Bestehen der Versicherungsgrenzen nicht nur Verwirrung in die Reihen der Arbeitnehmer, sondern ist auch ein großer Nachteil für die gesamte Sozialversicherung überhaupt. Es muß deshalb stets dafür eingetreten werden, daß zeitlos sämtliche Arbeitnehmer einer einheitlichen Versicherung unterliegen. Sofern sie nicht ein derartiges hohes Einkommen haben, daß man sie überhaupt nicht mehr in die Schicht der Arbeitnehmer rechnet.

Die Breslauer Nationalsozialisten

machen neuerdings große Anstrengungen, zu verstärkter Propaganda unter der Arbeiterklasse. In Flugblättern und speziell Diskussionsabenden „für Arbeiter“ suchen sie an die werktätige Bevölkerung heranzukommen, die bisher der Ertrag einer grundsätzlichen Wirtschaftskritik und radikalen Politik durch Nationalsozialisten und Judenhege dem hilflosesten Teil des unpolitischen Mittelstandes überlassen hat. Auch das Wochenblattchen der Nationalsozialisten leistet sich zum durchschnittlichen Zweck dieser Arbeiterpropaganda einige scharfe Töne gegen den Kapitalismus und gegen seine Vertreter in den übrigen Rechtsparteien.

Die Breslauer Arbeiterklasse wird auf solche nur scheinbare und gelegentliche Anpassung an ihre sozialistische Einstellung nicht hereinfallen. Soeben zeigt ja erst wieder der Münchener Prozeß des nationalsozialistischen Abgeordneten Hitler, daß dieser sich den offen kapitalistischen Parteien gelegentlich noch entgegenkommender zur Verfügung stellte, als die andere von dem Großkapitalisten von Graefe geführte politische Richtung. Ludendorff, der zweimal zugunsten der Diktator ausgesprochen hochkapitalistisch zusammengesetzter „Direktor“ (das einmal Generallandwirtschaftsminister Rapp, Bankdirektor Helfferich usw., das anderemal Kommerzienrat Rebetzke, Großunternehmer Hugenberg usw.) zu pfeifen bereit war, ist und bleibt trotzdem der Held und Führer auch der Nationalsozialisten. Wie eng diese angeblichen Antikapitalisten auch in Breslau mit großkapitalistischen und reaktionären verbunden sind, zeigt unsere kürzliche Mitteilung über die Mitgliederliste des alldeutschen Verbandes, in dem die führenden Breslauer Nationalsozialisten neben Herrn Bankier von Eichhorn, Herrn Präsidenten Ganse vom Giesche-Konzern und ähnlichen Leuten sitzen.

Nach außer hin aber tun dieselben Leute gelegentlich auch einmal antikapitalistisch, wenn sie Arbeiter fangen wollen, wie sie ja auch einmal weniger national tun können, wenn ihr Führer Hitler wieder einmal französische Franken oder andere Auslandsvaluten braucht. Der Antifemismus ist der Sozialismus der dummen Kerle“, hat Bebel einmal gesagt. Dauernd so dumm zu bleiben, um die Freude der Eichhorn und Ganse, der Hugenberg und Rapp nicht zu durchschauen, daß sollte man aber doch keinem deutschen Arbeiter zutrauen.

Das Hauszinssteuergesetz

hat vom 1. Juli ab eine neue Fassung erhalten. Der Härteparagraf, der zur Einberung bei Notständen in Frage kommt, sagt in seinem wesentlichen Teil, daß die Steuer zu stunden und niederzuschlagen ist:

- 1. bei Mietwohnungen oder Teilen von Mietwohnungen, a) soweit deren Nutzungsberechtigte und die ihren Haushalt leitenden Familienangehörigen zusammen nachweisbar einen Arbeitslohn oder ein sonstiges Einkommen von nicht mehr als 1200 Mark beziehen. Sind neben dem Nutzungsberechtigten und seiner Ehefrau andere Familienangehörige vorhanden, so erhöhen sich die 1200 Mark für jeden dieser Familienangehörigen um je 100 Mark; b) sofern Sozialrentner, Kleinrentner, Kriegsbeschädigte, Kriegesunterstützte, die eine öffentliche Unterstützung oder eine Zulage erhalten, oder Gewerkschafts- oder andere bedürftige Personen (namentlich Kinderlose Familien), welche die volle gesetzliche Miete nicht zahlen können, Mieter sind; c) wenn die Einziehung der entsprechenden Mietbeträge dem Eigentümer nach Lage der Sache nicht möglich ist oder mit

Schwierigkeiten verbunden ist, die dem Eigentümer nach den Umständen nicht zugemutet werden können;

2. bei Eigenwohnungen, falls der Eigentümer wegen einer vorübergehenden oder dauernden wirtschaftlichen Notlage zur Zahlung der Steuer nicht in der Lage ist oder die Voraussetzungen unter Nr. 1a oder b gegeben sind.

Den Anträgen, in denen der Notstand genau zu schildern ist, sind in den Händen befindliche Unterlagen — Einkommensteuerbescheid, Erwerbslosenbescheinigung usw. — beizufügen. Anträge sind bei den Katasterämtern zu stellen.

Ein neues Heim für Säuglinge und Kleinkinder

Im Gräbchen (Gräbchener Straße 194) auf städtischem Gelände demnächst eröffnet werden. Neue Baracken sind dort errichtet worden, um einer Krippe und einem Kindergarten Unterkunft zu gewähren. Eine Krippenfläche als Spielwiese und ein Stückchen Land für Bebauung wird für die Kinder hergerichtet, außerdem werden zwei Liegehallen, Sandkästen und anderes mehr geschaffen. Vorgezogen ist auch ein Raum für Säuglinge, eine Baracke, ein Kinderwagenraum und anderes mehr, um etwa 100 Kindern eine schöne, neuzeitlich eingerichtete Erholungsstätte zu bieten, die für Gräbchen dringend nötig ist.

Am Mittwoch vormittag fand unter Führung des Stadtrats Tilgner auf dem Terrain des im Bau begriffenen Heims eine städtische Vorbesprechung statt. Verschiedene Wünsche, die bei dieser Gelegenheit geäußert wurden, sollen nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Aller Voraussicht nach wird das neue Heim schon im August seiner Bestimmung dienen können. Die Krippe und der Kindergarten sollen von einander getrennt sein, beide sind aber dem Jugendamt unterstellt.

400 Jahr-Feier des Allerheiligen-Hospitals.

Heute vor 400 Jahren, am 16. Juli 1526, wurde auf Anregung des protestantischen Pfarrers Dr. Heß mit dem Bau eines Krankenhauses auf der alten Zieflatt an der Oder begonnen, das nach Vollendung den Namen „Haus aller Heiligen“ erhielt. Das Allerheiligenhospital diente hauptsächlich der meist unentgeltlichen Krankenpflege Armer und Unbemittelter. Infolge von Seuchen (Pest, Pocken, Malaria), die am Ende des 16. Jahrhunderts in Breslau wütheten, konnte das Hospital die gestellten Ansprüche nicht befriedigen, so daß mit Hilfe von Spenden schon 1585 hinter Thürene ein Erweiterungsbau ein- und später noch mehrere Erweiterungsbauten errichtet wurden. Das Hospital hatte von Anfang an einen vom Stadthaus veredigten, öffentlich abgestellten Arzt. Auch später genigte das Hospital nicht den öffentlichen Bedürfnissen, so daß vielfach Klagen wegen der überhöhen Sterblichkeitsziffer seiner Kranken erhoben wurde. Gegen Ende des 18. Jahrhunderts wurden öffentliche Sammlungen veranstaltet, durch die der Bau eines neuen Krankenhauses ermöglicht wurde. Der Breslauer Kaufmann Krichke leitete die Hospital-Verwaltung. Seit 1809 übernahm eine städtische Hospitalverwaltung die Verwaltung, seit 1810 leitete ein ärztlicher Direktor die Anstalt und seit 1817 erhielt das Hospital einen städtischen ständigen Arzt, wodurch die besagten Klagen zum größten Teil abgestellt wurden. Durch stielhage, Kriege und Unruhen, durch Hunger und Seuchen, entstand mitten in der Stadt ein großer Krankenzustrom. Auf einen sog. drei Hektar großen Grundstück lagen zwischen dem „Klostergraben“ der Oder und der Ringstraße die zum Burgplatz hin der Straße „An der St. Barbara“ liegenden Baracken zur Nebengebäude, in denen gegen 1000 Kranke untergebracht werden konnten. Berühmte Wöchnerinnen wie Coppenstein, Fritsch, Widdelsohn, Mehlitz und Jabsch, von denen der letzte noch lebt und in Breslau wohnt, haben den hohen wissenschaftlichen Ruf des Hauses begründet und erhalten.

Nur nicht zu schnell.

Uns wird geschrieben:

In der Sitzung vom 1. Juli wurde von den Stadtverordneten beschlossen den Zuschlag von 5 Pfa. für die Strecke Schmielesch in Wegfall zu bringen. Bis zum heutigen Tage wird derselbe aber immer noch weiter erhoben. Wie weit muß doch der Weg von der Stadtverordnetenversammlung bis zur Straßenbahnverwaltung sein? Ich glaube, wenn die Strecke nach einer Villenkolonie führte, hätte nach einem Fahrplanverbot, würde das Tempo beschleunigt gehen. Hier benutzen ja nur Arbeiter die Elektrische und denen fällt es ja leicht, den Zuschlag zu bezahlen. Die armen Schaffner können einem als Mensch leid tun, wenn sie von den mürrischen Wächtern den Zuschlag einfordern, wobei mancher Arbeiter seinem Verzeihen Luft macht, trotzdem sie nichts dafür können.

Hoffentlich helfen diese Zeilen, die dafür maßgebenden Stellen etwas munter zu machen.

Schulkinderspeisung während der Ferien.

Während der Sommerferien werden, wie in den Vorjahren, in allen Stadtteilen Jugendspiele mit Schulkindern veranstaltet. Gleichzeitig wird erholungsbedürftigen Kindern und solchen, deren Eltern sich in bedrängter wirtschaftlicher Lage befinden, nahrhaftes Essen verabreicht. Schulkinder, die diesen Bedingungen entsprechen und an der Speisung teilnehmen wollen, können sich an jedem Freitag auf nachstehend angeführten Plätzen anmelden: Brodauer Straße 12 in Verbindung mit Obstauffen (Tarnplatz), Kleisthausstraße 2, Liegnitzer Straße 25, Nordstraße 59, Baronisches Kinderheim Fürstenstraße, Pestalozzischule, Lessingturnhalle, Magazinstraße 2, Zahnstraße 3/5, Ueberlenstraße 58/60, Polener Straße 12/20, Krüskelstraße 3/5, Siebenbüfener Straße 60, Mengelstraße 100, Arletiusstraße 7/9. Der Beitrag, der je nach den Verhältnissen der Eltern 80 oder 60 oder 30 Pfennige für eine Woche beträgt, ist mitzubringen. Kinder, die vor den Ferien in der Schule freie Frühstück- oder Mittagstafel erhalten haben, werden auch während der Ferien unentgeltlich gespeist. Außerdem finden Schulkinder täglich von 11- bis 5 1/2 Uhr Unterkommen in den Ferienorten Brodauer Straße 12, Kleisthausstraße 2b, Liegnitzer Straße 25, Nordstraße 57/59, Michaelsstraße 36, Schönstraße 40 und im Baronischen Kinderheim an der Fürstenstraße.

Die Abendrennen am Mittwoch zeigten trotz des sehr guten Sports, der gehalten wurde, einen nicht überwiegend starken Besuch. Gefahren wurden mehrere Hülferrennen, in dem Knappe dominierte, sowie zwei Läufe für Dauerfahrer der B-Klasse über 20 und 30 Kilometer. Mit Martin, Schneider, Anders, Rosenberger, war eine zwar nicht gerade ausgeglichene Besetzung geschaffen, trotzdem aber wurden zwei Läufe gefahren, die Beachtung verdienen. Martin zeigte sich als der beste Mann und fuhr in überlegener Manier das 20-Kilometer-Rennen, das er mit mehrfachem Rundenvorsprung gewann. Im 30-Kilometer-Lauf ging Schneider bald nach vorn und hielt die Führung bis zum Schluß, mehrere Angriffe Martins abweisend, der als Zweiter einging.

Nachstehend die Ergebnisse:

Hauptfahren über 1200 Meter: 1. Knappe, 2. Rieger 2 Gg., 3. Meier 1/2 Gg., 4. Junge 1/2 Gg.

Kaisersfahren über 2000 Meter (offen für die Unplatzierten des Hauptfahrens): 1. Schubert, 2. Haude, 3. Buchwald, 4. Loeschnit (alle dichtauf).

Vorgabefahren über 2000 Meter: 1. Meier (30 Meter), 2. Rieger 1/2 Gg. (15 Meter), 3. Buchwald 1 Gg. (90 Meter), 4. W. Weber Handbreite (135 Meter), 5. Loeschnit 1/2 Gg. (105 Meter).

Punktefahren über 4800 Meter: 1. Knappe 20 P., 2. Rieger 11 P., 3. Buchwald 5 P., 4. Schubert 5 P., 5. Loeschnit 4 Punkte.

Großer Preis von Schellais über 50 Kilometer: 1. Martin (Otto Thomas) 48,750 Kilometer, 2. Schneider (Hans Mohlo) 48,600 Kilometer, 3. Rosenberger (Paul Trenzsch) 45,200 Kilometer, 4. Anders (Helbig) 45,150 Kilometer. 1. Lauf über 20 Kilometer: 1. Martin 20 Kilometer 17:45,2 Min., 2. Schneider 1400 Meter zurück, 3. Anders 1450 Meter, 4. Rosenberger 2000 Meter. — 2. Lauf über 30 Kilometer: 1. Schneider 26:13,1 Min., 2. Martin 250 Meter zurück, 3. Rosenberger 2800 Meter, 4. Anders 3400 Meter.

Selbsttätige Einschreibbrief-Annehmer. In den Schalterräumen der Postämter 1 (Albrechtstraße) und 2 (Zurstraße an Hauptbahnhof) sind selbsttätige Einschreibbrief-Annehmer im Betrieb, durch die von den Abnehmern Einschreibbriefe bis zur Größe von 5 zu 25 Zentimeter und bis zur Stärke von 1 Zentimeter in einfacher Weise eingeleitet werden können. Durch die Benutzung dieser Einschreibbrief-Annehmer wird das stiers unweibliche Warten an besetzten Schaltern vermieden. Die abweichende Form der Annehmerrückgaben, auf denen die Angabe des Empfängers und des Bestimmungsorts nicht enthalten ist, beeinträchtigt in keiner Weise die Haftpflicht der Postverwaltung für die durch selbsttätige Annehmer eingeleiteten Sendungen oder deren Nachweise bei Nachforschungen. Eine ausgiebige Benutzung der Einschreibbrief-Annehmer empfiehlt sich insbesondere für solche Auslieferer, die ohne Zeitverlust einzelne Einschreibbriefe abgeben wollen.

Kraftpostverkehr nach Jöhben. Die stetige Zunahme des Verkehrs an der neuen Jöhben-Kraftpostlinie beweist, wie notwendig deren Einrichtung war. Der Jöhbenbergrenn aus der Großstadt hat die Vorteile dieses langersehnten Verkehrs mittels der hoch erkant und zieht die bequeme Fahrt im Postauto, die herrliche Ausblicke in das Bergland gewährt, dem erwidenden Anmarsch zu Fuß vor. So erreicht er, den Tag anknüpfend, schon in einer halben Stunde vom Bahnhof Jöhben aus die 400 Meter hoch gelegene Föhrerei Lampadel, um von hier aus seine Bergwanderung anzutreten. Um dem Posten Beförderungsweg an Sonntagen gerecht zu werden, hat sich die Deutsche Reichspost genötigt gesehen, zu dem Zuge ab Breslau 9 Uhr, an Jöhben 9:57 Uhr, zwei Kraftwagen zu verkehren zu lassen und auch noch an den Zug 10:41 Uhr ab Breslau, an Jöhben 11:55 Uhr,

einen Kraftpostankschluß über Lampadel bis Groß-Wierau herzustellen.

Der Reichsbund der Arbeiter zum Schutze der Familie. Bezirksrat Tor veranlaßt am Sonntag, den 18. Juli, nachmittags, in der „Erholung“ in Wolschütz ein Sommerfest mit Kinderbelustigung, Abmarsch nachmittags 2 1/2 Uhr, vom Goetheplatz, mit Musik, Vokalenchor, Konzert, verschiedene Belustigungen, Konfaketen und vieles mehr. Abends Fackelzug mit Musik. Eintritt Erwachsene 30 Pf., Kinder 10 Pf. Der Reinertrag wird zur Unterstützung bedürftiger Konfirmanden usw. verwendet.

Leigensfund. Die Leiche des am Schlachter Wehr ertrunkenen Mechanikers Schaffer aus Müllsch ist 500 Meter unterhalb der Schwentroschiner Brücke gefunden und nach der Friedhofskapelle überführt worden.

Wer ist der Tote? Am Mittwoch, den 14. Juli, wurde am Bollwerk der Schlesienschen Dampfer-Comp. die Leiche eines jungen unbekanntes Mannes, etwa 16-18 Jahre alt aus der Oder gelandet. Der Tote ist etwa 1,60 Meter groß, schlank, hat dichtes, langes, hellblondes Haar, graue Augen, breite Nase und vollständige Zähne. Bekleidung: Braune Weste und Hose, blaues Hemd mit gelben Streifen, Schillertragen und schwarze Schnürschuhe. Wer über die Persönlichkeit des Toten Angaben machen kann, wird ersucht, im Polizeipräsidium, Schulstraße 46, Zimmer 10/11, vorzusprechen.

Täglicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Krietern bei Breslau.

Die kühlere maritime Luft, die hinter der Störung 84 O folgt, hat am Donnerstag Mitteldeutschland erreicht und dort Gewitter veranlaßt. In Ostdeutschland wurden bei heiterem, trockenem Wetter im allgemeinen sehr hohe Temperaturen beobachtet. In Krietern wurden zum Beispiel 31,2 Grad gemessen. Da mit einem weiteren Fortschreiten der kühleren Luft zu rechnen ist, so wird Schleißen bald in ihren Bereich gelangen. Nach Gewittern mit vorübergehender Temperaturerniedrigung dürfte sich später erneut aufsteigendes, warmes Wetter einstellen. — Ausichten für Sonnabend: Schwache Luftbewegung, wolkig, einzelne Gewitter mit vorübergehender Temperaturerniedrigung, später erneut aufsteigendes Wetter, wärmer. Ausichten für die schlesischen Gebirge: Bei mäßigem nordöstlichen Winde möglich, verbreitete Gewitter, später teilweise Nebelbildung, etwas kühlter.

Sechste Wetternachrichten.

Datum	Temperatur			Wetter	Wind	Niederschlag mm	Sichtweite Meter
	heut	Maxim.	Minim.				
16. 7. 26.							
Krietern	21	31	16	bewölkt	SW 3		
Schneefelde							
Grünberg							
Oberfahrenberg							
K-Schleifhaude							
Neumaderhaude							
Kreuzberg							
Neisse							
Gleiwitz	18	30	17		SW 1		
Jöhben	16	25	14		SW 2	10,6	
Bad Salzbrunn	17	28	16		SW 3	8	
Sobritz, Kr. Jauer	21	35	19		SW 3	11	

Wasserstand

16. Juli.	
Neisse (Stadt)	+0,60
Neisse (Mündung Unter-Wege)	+0,60
Wrieg (Waldenstrom)	3,04
Treßchen	1,94
Kanfern (Unter-Wege)	4,24
Dobersdorf	3,34
Abflussmenge (Schwäbisch) 311 cbm	
Fürstenberg	2,54
Wasserwärme: +22°	

Bereinstellender.

Distrikt 12. Sonnabend, den 17. Juli. Fahnenweihe bei G. u. D. Klein-Gandau. Fekrede und diverse Uebertragungen. Eintritt mit Tanz und Steuer nur 60 Pf. Alle Genossinnen und Genossen sind freundlich dazu eingeladen.

Distrikt 17. Am Sonntag, den 18. Juli, findet unser diesjähriges großes Wald- und Kinderfest im Dswiker Walde statt. Treffpunkt mittags 12 1/2 Uhr, Abmarsch 1 Uhr, Liebigstraße, Ecke Rathenaubrücke. Alle Genossen und Genossinnen des Distrikts und vor allen Dingen die Kinder sind herzlich eingeladen.

Distrikt 2. Sonntag, den 18. Juli, Familien-Ausflug und Kinderfest. Abmarsch der Kinder pünktlich 10 Uhr vormittags von Fürstberg, Mathiasstraße 175, nach Mandels Lokal, Hundsfelder Chaussee. Die umliegenden Distrikte sind freundlich eingeladen.

Distrikt 2. Sonntag, den 18. Juli, findet in Morgenau bei Bentzen unser Sommerfest statt, verbunden mit Gartenkonzert, Tanz, Verlosung und Belustigungen aller Art. Erwachsene 25 Pf. und Steuer, Kinder 5 Pf. Zahlreicher Zutritt wird erwartet. Abmarsch 2 Uhr nachmittags von Gärlich.

Geschäftliches.

Gerade die heutige Zeit wagt einem zur Sparsamkeit, drum ist es ansehnlich, Ihre Schönheitspflege mit einem Mittel zu verbinden, welches aus Schönheitszwecken befreit und das außerdem als bester Feinheitsanaleptikum anzuempfehlen ist.

Die von arabischen Autoritäten glänzend begutachtete „Oberwegers Herbe-Seife“ ist ein ausgezeichnetes Heilmittel bei Hauterkrankungen (Wundauswaschen, Wunden u. dergl.), ferner hervorragend bei Hautjucken (Mittel, Wasser, u. w. m.), wirkt zur Erzielung und Erhaltung einer weichen, zarten Haut, vorzüglich geeignet.

Dann verlangen Sie in den Apotheken, Drogerien, Parfümerien stets „Oberwegers Herbe-Seife“.

Sozialdemokratische Partei
Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Nummer 36
Telephon: 0416 552.

Sitzung der weiblichen Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei heute abend 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Vortrag der Genossin Hils-Gaste in über: Vortragsabend. Anwesend sein müssen alle Frauenleiterinnen, Stellvertreterinnen, Schriftführerinnen, Kassenrührerinnen, sonstige weibliche Funktionäre. Kein Distrikt darf fehlen!

Aktion. Gewerkschaft. Partei- und Reichsbannerkameraden! In Tragen der Erwerbslosen- und Wohlthätigkeitsfinden die Stunden von dieser Woche ab jeden Mittwoch von 5 bis 7 Uhr im Gewerkschaftshaus. Zimmer 18, statt.

Abteilung Süden. Heute Freitag, den 18. Juli, abends 7 1/2 Uhr, im Ellgabet-Gymnasium, Arletius, Ecke Wallfischer-Straße: Großer proletarischer Abend. Zu dieser Feier laden wir alle Genossinnen und Genossen der Distrikte 31, 32 und 33 ein. Eintritt: Erwachsene 30 Pf., Jugendliche 15 Pf.

Jungsozialisten. Unsere Kapital-Arbeitsgemeinschaft muß die Woche bereits Montag von 6 bis 8 Uhr stattfinden.

Jungsozialisten (Jünger-Gruppe). Montag im Gewerkschaftshaus Fortsetzung der Arbeitsgemeinschaft: „Grundzüge des Kommunismus“. Gäste willkommen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.
Banner 11 (Reuter). Heute Freitag, den 18. Juli, abends 7 Uhr, Zug- und Gruppenführung bei Götz, Enderstraße.
Ortsgruppe Obernig. Die Ortsgruppe Obernig des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold“ veranstaltet am Sonntag, den 18. Juli, ihr 2. Stiftungsfest. Kameraden, welche einen Sonntagsausflug nach Obernig und den schönen Sitten zu unternehmen gedenken, sind auf das herzlichste zu unserem Stiftungsfest eingeladen.

Arbeiter-Jugend.
Kaffierer! Die Abrechnung für Juni muß spätestens am Montag abends 8 Uhr, erledigt sein.
Seit 2. Freitag, 16 Uhr, Mittagsbesprechung. Wahl eines Obmannes. Das Geld für die Obnfahrt ist bestimmt in der Mitgliederversammlung zu bezahlen.
Seit 3. Heute abend 1/8 Uhr treffen wir uns alle im Pölsdonsbad.
Seit 4. Die Arbeitsgemeinschaft führen wir heute nicht weiter. Wir haben dafür einen besseren Abend. — Sonntag früh treffen wir uns um 8 Uhr an der Reichs-, Ecke Gräßhener Straße, zur Wanderung nach Domastschine.
Seit 5. Am Freitag lacht Genosse Herbert Löbe über „Sozialismus und Sozialismus“. Wir beginnen pünktlich um 8 Uhr. Auch müssen alle, die nach Jöhben fahren, unbedingt erscheinen. Der Fahrpreis beträgt 1,00 Mark.
Seit 6. Heute Freitag, abends 8 Uhr, proletarischer Abend mit einem Lichtbildvortrag über Jugendrecht und Jugendschutz. Eintritt Erwachsene 30, Jugendliche 15 Pf.
Seit 12. Heute abend, Punkt 1/8 Uhr, im Heim. Genosse Besch teilt unsere Arbeitsgemeinschaft weiter.
Seit 15. Unsere, für heut Abend festgesetzte Heim-einweihung in der Vittoriastraße fällt aus. Wir sind alle noch einmal in der Venderschule. Die Anmeldung sowie das Geld zur Jöhbenfahrt ist unbedingt mitzubringen.

Konzerte — Theater — Vergnügungen.

Schlesisches Landesorchester. Heute Freitag, abends 7 1/2 Uhr, findet im Sudwart ein Wagner-Weber-Abend unter Leitung von Herrn W. Wundry statt. Zur Aufführung gelangt unter anderem „Huldigungsfeier“, Szenen aus „Die Meistersinger“ und Tonbilder aus „Die Walküre“ von Wagner, Ouvertüre „Carnegie“, „Aufzählung zum Tanz“, Fantasie aus „Der Freischütz“ und Ouvertüre „Peter Schmitt“ von Weber.

Vittoria-Theater. Täglich, 8 1/2 Uhr, die neue Bühnensensation: „Lagebuch einer Verlorenen“. Fünf Nebenakte nach dem weltberühmten Roman von Margarethe Böhm. In der Hauptrolle Erna Friebe vom Deutschen Theater, Frankfurt a. M., als Humana Godehard. Erwerbssche, adrien gegen Vorzeigung der Erwerbssche für Parteit, Terrassen und Parteitloge statt 1,25 Mark nur 50 Pf.

Arbeiter-Sport.

Naturfreunde, Jugendgruppe. Sonntag gehen wir auf Fahrt nach den Domastschiner Teichen und treffen uns dort mit den Deller Freunden. Treffpunkt: 6 Uhr, Endstation der Linie 11, Mathiasstraße.

Zugverlängerungen und Rückfahrtsänderungen zum 2. Schlesienschen Arbeiter-Turn- und Sportfest. Die Reichsbahnbestellung Breslau stellt auf Antrag der Kreisverwaltung für folgende Züge Verlängerungen, die stets am Schluß des Zuges bis eine Viertelstunde vor Abgange deselben für die Festteilnehmer reserviert werden: Für Zug 448, ab Breslau 2,16 Uhr nachmittags, für 300 Teilnehmer, für Zug 442, ab Breslau 11,38 Uhr nachmittags, für 100 Teilnehmer. Bahnhof Piesnitz stellt für den Zug 442 für 200 Zugänge aus Piesnitz und 200 Zugänge aus Bunzlau und Siegersdorf ebenfalls Wagen am Schluß des Zuges. Wagen werden bereitgestellt für Borsuz ab Dittersbach 2,18 Uhr für 350 Teilnehmer ab Rühbau für 50 Teilnehmer, ab Dirschberg 3,20 Uhr für 200 Teilnehmer, ab Großföhrberg 4,01 Uhr für 100 Teilnehmer, ab Gandau 4,18 Uhr für 100 Teilnehmer. — Für den Zug Sprottan ab 6,51 Uhr, Sagan ab 7,25 Uhr, Hansdorf ab 8,31 Uhr nachmittags werden Wagen für 200 Personen freigegeben. Vorbedingung ist das eine Viertelstunde vor Zugabgang die besetzten Wagen besetzt werden. — Für die Rückfahrt der Teilnehmer nach Bunzlau, Piesnitz und Breslau verkehrt ein Borsuz ab Görlitz 9 Uhr abends, der bis Piesnitz auf jeder Station hält und als Sonderzug bis Breslau durchgeführt wird. In Piesnitz ist dieser Zug um 11,23 Uhr abends, so daß dort Anschlag an den Anstalt in Breslau um 12,55 Uhr nachts. Der Zug hält zwischen Piesnitz und Breslau nur in Matitzsch. — Für Rückfahrt der Teilnehmer nach Richtung Dirschberg wird durch Verlinkung der Personenzüge ab Görlitz 6,29, 7,03 und 10,42 Uhr abends gesorgt. Um die Wagenstellung für die Rückfahrt zu ordnen, müssen die Vereine sofort bei Anstalt in Görlitz einen Betrag mit Angabe der Rückfahrtszeit abgeben. Wo nicht Gesellschafts- oder Jugendfahrt möglich ist, werden in Görlitz nach den Sammelstationen Gesellschaftsfahrt mit abzufahren. Bei diesen Einzelmeldungen ist Geld sofort mit abzufahren.

Wir bringen Ihnen eine Musterdose VIM gratis ins Haus!



Um sämtlichen Hausfrauen von Breslau Gelegenheit zu geben, unser vielseitiges Putz- und Scheuermittel VIM selbst auszuprobieren und sich von seinen hervorragenden Eigenschaften zu überzeugen, lassen wir durch unsere Leute von Haus zu Haus VIM-Gratismuster verteilen. Wir bitten Sie um freundliche Entgegennahme und um sorgfältige Erprobung des Musters unter Beachtung der gleichzeitig zur Verteilung gelangenden Broschüre.



Preis der Originaldose 30 Pfg.
SUNLICHT GESELLSCHAFT A.-G.
MANNHEIM-RHEINAU.

Vor einem Erntestreik in Schlesien?

Wirtschaft.

Stabilisierung der Profitrate.

Die allgemeine Wirtschaftslage läßt leider immer noch nicht die von den zwei Millionen Arbeitlosen so schlicht und erwartete allgemeine Besserung erkennen. Vor allem nicht nach der Richtung, die nicht nur für die Arbeitlosen, sondern auch für die Gewerkschaften ganz allgemein von entscheidender Bedeutung wäre, in der Senkung der Arbeitslosenziffer. Soweit von einer Besserung der Wirtschaftslage gesprochen werden kann, liegt die Besserung zunächst bei der Erhöhung der Produktion bei geringerer Arbeiterzahl und auch sonst rationalisierter, d. h. verbilligter Produktion. Daß die vermehrte Güterherstellung bei geringerer Arbeiterzahl und auch sonstiger Senkung des Produktionskostens aber auch die Preise bis zur letzten Stunde gesenkt hätte, ist leider nur in sehr wenigen Fällen festzustellen. Aber nur, wenn die mehr oder weniger durchgeführten Rationalisierungsbemühungen sich auch bis zum Verbrauch in verbilligten Preisen bemerkbar machen und auf diese Weise die Kaufkraft gestärkt wurde, die in erhöhtem Verbrauch so zum Ausdruck kommen muß, doch auch eine Senkung der Arbeitslosenziffer herbeigeführt wird, kann von einer wirklichen Besserung der Wirtschaftslage auf der ganzen Linie gesprochen werden. Bis jetzt kommt eben die geringe Verbesserung der Wirtschaftslage nur an einer Stabilisierung der Profitrate zum Ausdruck. Aber nur Verbesserung der Kaufkraft und dadurch bedingter vermehrter Verbrauch kann die so dringend notwendige Wendung zum wirtschaftlichen Aufstiege bringen. Unter solchen Umständen haben die Gewerkschaften eine wirklich große wirtschaftliche Mission erfüllt, indem es ihnen im allgemeinen gelungen ist, die großen Stürme der Unternehmung und ihrer Verhältnisse auf die Lohnquote abzuwehren. Durch Abwehr der unternehmerischen Lohnsenkungsbestrebungen durch die gewerkschaftliche Kraft wurde erreicht, daß die an sich schon verhältnismäßig geringe Kaufkraft nicht noch tiefer gedrückt und die allgemeine Wirtschaftslage dadurch noch weiter verschlechtert wurde.

Als ein Zeichen der allgemeinen Lage ist es anzunehmen, daß im Unternehmertum sich die Fälle mehren, wo man kühl und ernsthaft bestrebt ist, nachzuprüfen, in welchem Grade die Ursachen der Wirtschaftsschwierigkeiten bei den Unternehmern selbst zu suchen sind. Das sind tiefgehende und bemerkenswerte Wandlungen. Denn bis vor kurzem war in diesen Kreisen nur von Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung, als dem Allheilmittel der Genesung der Wirtschaft, die Rede. Bei dem Suchen der Unternehmer nach den wirklichen Ursachen der Wirtschaftskrise wollen wir hoffen, daß auch die Preisfrage bald die gebührende Beachtung finden wird.

Die Gewerkschaften haben seit Monaten darauf hingewiesen, daß die Preisfrage des Endprodukts im Zusammenhang mit dem Verbraucherproblem erst eine entscheidende Wendung in der Besserung der Wirtschaftslage herbeiführen kann. Diese ersten schwachen Anzeichen im Unternehmertum, daß unter dem Druck der Verhältnisse langsam von alten Inflationsgewohnheiten abzulassen, ist nur zu begrüßen und dabei zu wünschen, daß auch die Handelswelt recht bald folgt.

Amerikanische Handelsbilanz für 1925/26.

Das Washingtoner Handelsamt veröffentlicht die Handelsbilanz für das mit dem 30. Juni abgelaufene Rechnungsjahr 1925/26. Danach beträgt sich der Wert der gesamten Ausfuhr auf 4 754 000 000 Dollar. Der Wert der gesamten Einfuhr auf 4 467 000 000 Dollar. Es besteht mithin ein Ausfuhrüberschuß von 287 Millionen. Im Vergleich zum Vorjahre hat sich damit die Gesamtausfuhr um einen Wert von 111 Millionen vermindert und die Gesamteinfuhr um 643 Millionen vermehrt. Der Ausfuhrüberschuß hat sich somit um einen Wert von 753 Millionen vermindert. Handelssekretär Hoover schreibt die Verminderung des Wertes der Ausfuhr vor allem dem niedrigen Preis der Baumwolle und der Verminderung der landwirtschaftlichen Produktion und die Erhöhung des Wertes der Einfuhr dem Import von Rohstoffen und dem erhöhten Preis verschiedener Waren zu. (Dem Rückgang der Warenausfuhr dürfte eine Erhöhung der Kapitalausfuhr entsprechen. Red.)

Mißerfolg des Systems der Gewinnbeteiligung in England.

Kürzlich ist ein ausführlicher Bericht eines englischen Regierungsausschusses über die Gewinnbeteiligung der englischen Arbeiter erschienen, aus welchem im allgemeinen der Misserfolg dieser Einrichtung zu ersehen ist. Im vergangenen Jahre bestand das System der Gewinnbeteiligung in 242 Fällen. Seit 1880 wurde in 493 Betrieben Gewinnbeteiligung eingeführt, die aber in 251, also mehr als die Hälfte der Betriebe, wieder aufgegeben wurde. Die Lebensdauer der 251 wieder aufgegebenen Betriebe war im Durchschnitt nur achteinhalb Jahre. Ende 1924 waren in den Unternehmungen mit Gewinnbeteiligung nur 172 000 Arbeiter gewinnbeteiligungsberechtigt. Abgesehen von zwei Unternehmungen, der Süd- und Mittelenglischen Gasgesellschaft und der Seifenfirma Lever, wo große Summen in Form von Gewinnbeteiligungen ausgezahlt wurden, haben die Gewinnbeteiligungsverträge in der ganzen Zeit von 1901 bis 1924 den Beteiligten keine größere Einkommenserhöhung als 5,2 Prozent gebracht. Im Bericht wird festgestellt, daß die Gewinnbeteiligung nicht vor einer erhöhten Arbeitswoche begleitet war, weshalb die Unternehmer sich enttäuscht fühlten. Die englischen Gewerkschaften verhalten sich gegenüber der Gewinnbeteiligung ausgesprochen feindselig, weil sie fürchten, daß die kapitalistischen Versuche, Formen der Teilhaberschaft der Arbeiter an den Unternehmungen einzuführen, dazu bestimmt sind, die Arbeiter irre zu führen und die Solidarität der Gewerkschaften zu gefährden. So haben die Gewerkschaften sich selbst gegen das wirtschaftlich erfolgreiche Gewinnbeteiligungssystem beim Seifenwerk Lever verhalten und die Teilhaber an demselben sogar mit dem Ausschluß aus ihren Reihen bedroht.

Der genaue Inhalt des Harrimanvertrages mit der polnischen Giesche A. G.

Wird durch die außerordentliche Generalversammlung der Giesche A. G., Katowitz, bekannt. In dem Vertrage mit der polnischen Regierung, der am 3. Juli unterzeichnet wurde, garantiert Harriman der polnischen Regierung ein Einkommensteuerminderungsprogramm für eine Summe von 1 500 000 Dollar bis Ende 1931 und leistet eine Vorauszahlung von einem Drittel dieses Einkommensteuervertrages. Harriman verpflichtet sich, die Produktion der Giesche A. G. durch technische Rationalisierung zu heben, wofür er 10 Millionen Dollar als Betriebskapital bei Giesche einbringt. Diese Finanzierung liegt in den Händen einer neuen Aktiengesellschaft, deren Aktienmehrheit vertragsgemäß nur in amerikanischen Händen liegen darf und die alle Giesche-Aktien übernimmt. Ein Hebergang der Aktien in nichtamerikanische Hände bedarf der Zustimmung der polnischen Regierung.

Dezernatliche Ein- und Ausfuhr.

Im April dieses Jahres belief sich der Wert der eingeführten Waren auf 217,7 Millionen Schilling. Der Wert der ausgeführten Waren betrug 197,6 Millionen Schilling. Der Einfuhrüberschuß (Passivum) erreichte also 20,1 Millionen Schilling gegenüber 84 Millionen im Monat März und 99,6 Millionen im Durchschnitt der ersten drei Monate dieses Jahres. Der Vormonat gegenüber hat Ein- und Ausfuhr zugenommen. Der Gesamtumsatz zeigt eine Abnahme um 10 Prozent. Im ersten drei Monate ergibt sich ein Einfuhrwert von fast 600 Millionen, ein Ausfuhrwert von rund 550 Millionen, demnach ein Passivum von nahezu 50 Millionen.

geschenke bestehen, wird empfohlen, sich innerhalb der betriebswirtschaftlichen Kreislaufschleife über diese Fragen zu verständigen.

Hochachtungsvoll

J. W. gen. Dr. Bleul, stellvertretender Vorsitzender.
Für die Richtigkeit: gen. Dr. Freige.

Ein größerer Terror ist wohl noch nie von einer Arbeitgeberorganisation den Mitgliedern gegenüber ausgeübt worden.

Während der überaus schweren Erntearbeit, die in diesem Jahr, weil das Getreide in sehr vielen Fällen gelagert ist, außerordentlichen Kräfte- und Arbeitsverfleiß fordert, wird den landwirtschaftlichen Arbeitgebern verboten, auch nur die geringste Entschädigung zu gewähren. Das Barlohn, 8 1/2 Pf. pro Stunde für männliche Vollarbeiter, 13 Pf. für die Frau, ohne jegliches Deputat, reichen nicht dazu aus, um die Woche über ein Stückchen Fleisch auf den Tisch zu bringen, viel weniger noch auf eine Flasche Bier oder sonstige Getränke. Jedes Tier erhält, wenn seine Arbeitskraft mehr als üblich angespannt wird, eine Futterzulage. Die Tierzüchtervereine nehmen sich der allzu großen Ausbeutung und schlechten Behandlung der Tiere an. Die Landarbeiter aber, die dem deutschen Volke die Nahrung und den Agrariern ein Wohlleben zu verschaffen haben, dürfen zugrunde gehen am Grabenrande.

Ob die Landarbeiter sich diese rückwärtslose und brutale Ausbeutung werden gefallen lassen, ist eine andere Frage. In einigen Kreisen sind bereits Arbeitseinstellungen erfolgt. Wenn in den nächsten Tagen diese Zehntausende von Landarbeitern eine solche Behandlung durch Streik beantworten, dann fällt die volle Verantwortung den landwirtschaftlichen Arbeitgebern zu.

Die Gewerkschaften haben alles versucht, auf gutlichem Wege zu einer Einigung zu gelangen. Auch der Zentralverband der Landarbeiter hat eingesehen, daß auf gutlichem Wege nichts mehr zu erreichen ist, und dürfte seine Taktik diesmal danach einstellen.

Die Regierung und der Schlichter wollen anscheinend verzweifeln, das Schlimmste zu verhindern; ob es gelingen wird bei der Einstellung der landwirtschaftlichen Arbeitgeber, wir bezweifeln es!

Seit der Stabilisierung der Mark bemüht sich die schlesische Landwirtschaft unter Führung des Provinzialarbeitsverbandes vorübergehende Zustände in der Entlohnung und Behandlung der Landarbeiter einzuführen. Seit mehr als zwei Jahren versuchen die Gewerkschaften, die in Schlesien außerordentlich niedrigen Löhne den Zeitverhältnissen und den Löhnen der Landarbeiter in den übrigen Provinzen anzupassen. Unzählige Verhandlungen mit dem landwirtschaftlichen Arbeitgeberverband und Regierungsvertretern waren erfolglos. Im Frühjahr dieses Jahres wurde von den Arbeitnehmern der Schlichter für die Provinz Niederschlesien angerufen. Nach längeren Verhandlungen wurde ein Schiedspruch gefällt, der den Landarbeitern im Durchschnitt eine Lohnerhöhung von 1 1/2 Pf. pro Stunde zusprach. Die Arbeitgeberseite lehnte diesen Schiedspruch mit der Begründung ab, daß die Landwirtschaft nicht in der Lage wäre, auch die geringste Lohnerhöhung zu gewähren, im Gegenteil wären Lohnabzüge berechtigt. Der Antrag an das Reichsarbeitsministerium, den Schiedspruch für allgemeinerbindlich zu erklären, wurde mit der Begründung abgelehnt, daß nicht mit Sicherheit feststehe, ob die Landwirtschaft eine Lohnerhöhung tragen könne.

Nunmehr stellte der Deutsche Landarbeiterverband, sowie auch der Zentralverband der Landarbeiter den Antrag, eine Erntezulage zu gewähren. Auch dieser Antrag wurde von den Arbeitgebern abgelehnt. Hingegen wurden die Kreisarbeitgeberverbände vom Provinzialarbeitsverband aufgefordert, ihre Mitglieder anzuweisen, keine Zulage während der Erntezeit zu gewähren. Der letzte Satz dieses Rundschreibens lautet:

„Sollten einzelne Betriebe von ihrer Pflicht, ein Erntegeld wie in anderen Jahren, so auch in diesem Jahre zu gewähren, nicht abgehen wollen, so ist dagegen nichts einzuwenden, sofern dieses Erntegeld erst nach beendeter Ernte gegeben wird und den Umfang des vorjährigen Erntegeldes (also bis höchstens einen Zehntel für den verheirateten Deputatisten) nicht übersteigt. Die Gewährung einer Erntezulage in Form einer Erhöhung des Stunden- oder Tageslohnes ist den Mitgliedern unter allen Umständen zu untersagen. Jede schematische Lohnerhöhung wäre für die Gewerkschaften lediglich Anlaß zu neuen Lohnforderungen geben.“

Sollten im übrigen Unstimmigkeiten über die Gehaltung der Leistungslöhne sowie der etwa zu gewährenden Ernte-

Die Ausbildung erwerbsloser Jugendlicher.

Auf die besondere Notlage der ungelerten Jugendlichen Erwerbslosen ist im Laufe des letzten Halbjahres bei den verschiedensten Gelegenheiten hingewiesen worden. Toph dem liegen bei der Fortbildung der jugendlichen Arbeitslosen die Dinge noch immer sehr im Argen. Der größte Teil der jugendlichen Arbeitslosen besteht aus unangebildeten Arbeitsträgern. Im Krieg wurde in der Schule nicht viel gelernt und in der Nachkriegszeit ging es schnell in irgend einen Betrieb, damit rasch etwas Geld verdient wurde. Während der Inflationszeit bestand diese Nachhilfe nach jugendlichen Hilfskräften. Das alles führte dazu, daß wir heute einen sehr hohen Prozentsatz ungelerner jugendlicher Arbeitskräfte haben. Dazu kommt infolge der Rationalisierung eine scharfe Auslese und weitere Verringerung der an sich schon geringen Unterbringungsmöglichkeiten. Die wenigen Kenntnisse und Fertigkeiten der ungelerten jugendlichen Arbeitslosen gehen infolge der monatelangen Unfähigkeit völlig verloren.

Die Gewerkschaften haben wiederholt mit Nachdruck für die Fortbildung und Umschulung der jugendlichen Arbeiter und Angestellten eingeleitet. Vom Staat sind für die Gemeindeförderung die Fortbildungsmöglichkeiten geschaffen, Zuschüsse zugesagt. Auch wurde die Unterstützung für die Jugendlichen unter 18 Jahren, die sonst nichts bekommen, an die Beteiligung von Fortbildungskursen gebunden. Wie wir hören, sollen Lehrkräfte (auch Junglehrer, soweit sie sich eignen, und Diplomlehrer) zur Verfügung stehen. In Düsseldorf hat das Experiment mit der Ausbildung der arbeitslosen Jugendlichen recht gute Erfolge erzielt und viel Anerkennung gefunden. Trotzdem kann man nichts darüber erfahren, wie sich z. B. in Preußen der Runderlaß des Wohlfahrtsministeriums, der schon vor längerer Zeit hinausging, ausgewirkt hat. Man sollte meinen, daß jede Möglichkeit zur Entlastung des Arbeitsmarktes ergriffen werden würde. Das scheint aber nicht der Fall zu sein. Länder und Gemeinden sollten sich, nachdem sie die kostbare Gelegenheit der Vermehrung von Fortbildungskursen während der Schulferienzeit haben verstreichen lassen, nun endlich dazu aufraffen, daß wenigstens im kommenden Winter die Fortbildung und Umschulung der Jugendlichen im großen Maßstab durchgeführt wird. Eine solche systematische Ausbildung würde für Tausende der jugendlichen ungelerten Arbeitskräfte ein Segen sein. Will die Republik ihren Nachwuchs verdummen und verkommen lassen?

Zur Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften

sind neuerdings vom Reichsarbeitsministerium und vom Reichsversicherungsamt Vereinbarungen über eine Gemeinschaftsarbeit zwischen den Berufsgenossenschaften und der Gewerbeinspektion herbeigeführt worden. Durch diese Vereinbarung, der auch die Landesregierungen zugestimmt haben, ist eine befriedigende Regelung auf Grund des § 886a RVO. gegenstandslos geworden. Die Vereinbarungen sehen voraus, daß die gegenseitigen Adressen zwischen technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaften und Gewerbeaufsicht ausgetauscht und auf dem laufenden Stande gehalten werden. Der Technische Aufsichtsbeamte der Berufsgenossenschaft soll sich bei der Einreise in einen Gewerbe-Aufsichtsbezirk mit dem Gewerbe-Aufsichtsbeamten in Verbindung setzen, um seine Beteiligung an den Besichtigungen zu ermöglichen. In gleicher Weise verfährt der Gewerbe-Aufsichtsbeamte, wenn es sich um Revisionen handelt, die durch Fragen der Unfallverhütung veranlaßt worden sind. Bei größeren Unfällen und in sonstigen geeigneten Fällen werden gemeinsame Besichtigungen vereinbart. Es soll möglichst vermieden werden, daß der gleiche Betrieb zwecks Ueberwachung der Unfallverhütung ohne zwingenden Grund kurz hintereinander von dem Gewerbe-Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaften besichtigt wird. Werden bei einer Besichtigung wesentliche Mängel festgestellt, so teilen sich die Beamten die Feststellungen gegenseitig mit und überwachen gelegentlich weiterer Besichtigungen ihre Abstellung. Beim Erlaß von polizeilichen Verfügungen und anderen Anordnungen einer Stelle wird der Gegenseite Gelegenheit zu einer Beantwortung gegeben. Die Erfüllung der in den Verfügungen gemachten Anforderungen kann von jedem der Aufsichtsbeamten aus einer der beteiligten Gruppen nachgeprüft werden.

Eintritt der argentinischen Gewerkschaften in die Arbeiterinternationale.

Wie das Sekretariat der Internationalen Gewerkschaftsbundes mitteilt hat der Ausschuss des Internationalen Gewerkschaftsbundes in christlicher Abstammung das Eintrittsgeld der argentinischen Gewerkschaftszentrale einstimmig genehmigt. Damit sind die argentinischen Gewerkschaften Mitglied der Arbeiterinternationale geworden.

Die Lage im englischen Bergarbeiterstreik.

Die Bischöfe machen Verständigungsvorschläge.

London, 15. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Bischöfe und kirchlichen Organisationen haben bei ihrer Zusammenkunft am Dienstag mit den Vertretern der Bergarbeiter diesen konkrete Vorschläge für eine Lösung der Bergbaukrise vorgelegt. Diese gehen dahin, daß die Arbeit zunächst einmal auf Grund der vor dem Streik geltenden Arbeits- und Lohnbedingungen aufgenommen werden solle, und zwar für vier Monate, während welcher die Regierung durch Subsidien die Weiterzahlung der vor dem 1. Mai geltenden Löhne ermöglichen solle. Während dieser Zeit soll versucht werden, ein Landesabkommen für den Bergbau zu treffen. Für den Fall, daß die Parteien während dieser Zeit zu keiner Verständigung kommen, soll die Entscheidung einem neutralen Schiedsrichter übertragen werden. Diese Vorschläge der kirchlichen Organisationen lagen der Exekutivkommission des Bergarbeiterverbandes am Donnerstag vor, und es verlautet, daß die Stellung der Bergarbeiter diesen Vorschlägen gegenüber nicht ungünstig ist. Im übrigen nahm die Exekutive am Donnerstag die Berichte aus den Distrikten entgegen, aus denen eindeutig hervorgeht, daß die Situation in sämtlichen Bergbaudistrikten unverändert entschlossen gegen jegliche Annahme von Lohnkürzungen und jeglicher Erhöhung der Arbeitszeit geblieben ist. Am Nachmittag fand eine Besprechung zwischen der Bergarbeiter-Exekutive und dem Generalrat der Gewerkschaften statt, der umso größere Bedeutung zukommt, da es die erste Zusammenkunft der beiden Körperschaften seit dem Ausbruch des Generalstreiks und der dadurch verursachten Entfremdung der beiden Körperschaften war. Ueber das Resultat befragt ein im Hauptquartier der Gewerkschaften ausgegebenes offizielles Kommuniqué, daß der Generalrat den Bergarbeitern zugestimmt habe, ihnen in ihrem Kampf alle möglichen finanziellen Unterstützungen zuzukommen zu lassen. Es wurde jedoch auch die Möglichkeit der Wiederaufnahme von Verhandlungen erörtert, ohne daß jedoch von irgendeiner Seite bestimmte Vorschläge gemacht worden wären. Das von einigen bürgerlichen Zeitungen verbreitete Gerücht, der Generalrat sei von den Bergarbeitern zum Zwischenhändler zwischen Regierung und Bergarbeitern auserwählt, erwidert sich für jeden, der die etwas gespannten Verhältnisse zwischen Generalrat und Bergarbeiter-Exekutive seit dem Ausbruch des Generalstreiks kennt.

In einer Rede betonte am Donnerstag der Vizepräsident der Unternehmerorganisation des Bergbaues, daß die Unternehmer die Forderungen der Bergarbeiter, nämlich die Wiederaufnahme der Arbeit auf Grund der vor der Aussperrung geltenden Bedingungen, selbst dann nicht erfüllen können, wenn die Bergarbeiter noch weitere sechs Monate nicht zur Arbeit zurückkehren. Der Ministerpräsident Baldwin hatte am Donnerstag eine Besprechung mit dem mit der Kohlenfrage befaßten Ausschuss des Ministerrats, und es verlautet, daß er sich am Wochenende bereithalten werde, falls Unternehmer- oder Bergarbeitervertreter ihn zu sehen wünschten. Im übrigen sind die eingangs erwähnten Vorschläge der Bischöfe in Regierungskreisen nicht günstig aufgenommen worden, da eine solche viermonatliche Fortsetzung der Subsidien schätzungsweise zehn Millionen Pfund Sterling kosten würde.

Die Zahl der englischen Arbeitslosen betrug am 8. Juli 1 645 100, was eine Zunahme von 5224 gegenüber der Vorwoche und von 344 700 gegenüber dem vergangenen Jahre darstellt.

In dem Tarifstreit zwischen dem Arbeitgeberverband der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerte Mittel- und Westens und den am Tarifvertrag beteiligten Gewerkschaften wurde der Schiedspruch vom 21. Juni 1926 für verbindlich erklärt.

Gibt Eure Anzeigen der Volkswacht.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.
Bezirksleitung Breslau(Land)-Neumarkt.

Reisordnung.
Durch Verhängung des Ausnahmezustandes, der sich auch auf den Landkreis ausdehnt, kann das am Sonntag, den 18. Juli, folgende Abteilungstreffen nicht stattfinden.

Abteilung III Süd:

Sonntag, den 18. Juli, findet die für die Abteilung III Süd fällige Abteilungsversammlung statt. Sämtliche Vorstandsmitglieder haben vormittags 9 Uhr, bei Scholz, in Rattlern zu erscheinen. Nachmittags 2 Uhr stehen sämtliche Ortsgruppen der Abteilung vollständig in Rattlern.

Veranstaltungen in der Woche vom 16. bis 23. Juli.

- Freitag, den 16. Juli:
Ortsverein Carlomih-Schottwitz, 7 1/2 Uhr abends bei Brescher in Schottwitz: Monatsversammlung. Gruppenleiter haben pünktlich 7 Uhr zu erscheinen.
Ortsverein Herrmannsdorf, 7 Uhr abends bei Gabriel in Herrmannsdorf: Monatsappell.
Ortsverein Dömitz, 7 Uhr abends in der Volkshalle zu Dömitz: Monatsappell.
Ortsverein Groß-Tschansch, 8 Uhr abends bei Peter in Groß-Tschansch: Monatsappell.
Sonntag, den 17. Juli:
Ortsverein Herrmannsdorf, 8 Uhr abends bei Maslos in Herrmannsdorf: Monatsappell.
Ortsverein Klein-Sügwitz, 7 Uhr abends bei Seidel in Radwanitz: Monatsappell.
Dienstag, den 20. Juli:
Ortsverein Schmolz, 7 1/2 Uhr abends bei Raditz in Schmolz: Monatsappell.
Kameraden, sorgt dafür, daß die Veranstaltungen gut besucht werden.
Die Führer haben dafür zu sorgen, daß jeder Kamerad einer republikanischen Partei angehört.
Die Zeit ist knapp.

Der Bezirksleiter

Bessern. Volksoberversammlung. Am Sonnabend, den 17. Juli, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Knyghalla eine öffentliche Volksoberversammlung statt. Gemeindevorsteher A. Kleinert aus Kleinendorf wird über das Thema: „Die Lehre aus dem Volksentscheid“ sprechen. Freunde und Genossen, alles aus dieser Versammlung! Ferner werden Arbeitslofenfragen erörtert werden. Wir richten deshalb an alle Arbeitslofen die Mahnung, vollständig zu erscheinen.

Kansen. S.P.D. Sonnabend, den 17. Juli, findet im Lokal von Seibel eine Mitgliederversammlung statt. Alle Parteigenossen und -genossinnen müssen anwesend sein. Gäste haben Zutritt. Ganz besonders die Genossen aus den umliegenden Ortschaften müssen an dieser Versammlung teilnehmen. Redner: Genosse Hannak.

Broßau. S.P.D. Unsere letzte Mitgliederversammlung beschäftigte sich unter anderem auch mit den in der letzten Gemeindevorversammlung gefaßten Beschlüssen. Eine besonders lebhaft diskutierte Angelegenheit war der Bericht über die Dienstwohnung in der Mittelschule. Derselbe wird jetzt von Herrn Rektor Wiedler mit Recht beantragt und Herr Kassendirektor Groß verlangt für diese von ihm bis jetzt innegehabte Wohnung eine der Größe und Güte entsprechende ähnliche. Um den Wünschen unseres am zweitbesten bezahlten Gemeindebeamten entgegen zu kommen, hat der Gemeindevorstand der Gemeindevertretung folgende Lösung vorgeschlagen. Herr Groß, ein dreifacher Hausbesitzer, erhält zum Ausbau einer 6-Zimmerwohnung 1200 Mk. Zu diesem Zweck werden in seinem eigenen Hause 2 3-Zimmerwohnungen zusammengelegt und mit Badezimmer und Zentralheizung versehen. Ein Darlehen von 1000 Mark, die Höhe des Zinsjahres ist dem Beschlusse des Gemeindevorstandes überlassen. Die Gemeinde trägt die Umzugskosten für Herrn Groß und einen Mieter, welcher seine Wohnung abgibt und eine solche im neuausgebauten Mietschulhaus erhält. Außerdem bekommt Herr Groß für ein Jahr den Unterschiedsbetrag der Miete in der Mittelschule und derjenigen in seinem Hause ersetzt. Gefordert war für 1 1/2 Jahre. Und zu diesem Beschlusse hat sich eine Mehrheit gefunden. Uns kann nur noch die Eingemeindung retten.

Goldschmieden. S.P.D. Sonnabend, den 17. Juli, abends 8 Uhr, findet im Lokal Trenner in Goldschmieden unsere Mit-

gliederversammlung statt. Unbedingtes Erscheinen ist erforderlich. Redner: Parteisekretär G. Schiffer.

Neumarkt. Die Inbetriebnahme der Kleinbahn (Bahnhof-Stadt) dürfte vor dem 26. Juli nicht erfolgen. Reparaturen, die man sich hätte wirklich ersparen können, sind erforderlich geworden. Nach Fertigstellung der jetzt am weitesten vorgeschrittenen Schuttmauerarbeiten dürften auch die Gemüser einigermaßen Beruhigung finden, die glauben, bei erster besserer Gelegenheit eine Partie ins Wäldle nah nehmen zu müssen.

Neumarkt. Eine Werbefahrt unternimmt der Arbeiter-Radsportverein „Solidarität“ am Sonntag, den 18. Juli. Näheres die Aushänge. Zahlreiche Beteiligung aller Radsportfreunde wird erwartet.

Aus Schlesien.

Was wird aus dem Hindenburg Haushaltsplan?

Der Vorbereitungsausschuß der Stadtverordneten-Versammlung in Hindenburg befaßte sich nochmals mit dem Etat, um einen Beschluß über die weitere Gestaltung desselben herbeizuführen. Bedauerlicherweise blieben die Deutschnationalen und die Wickerschüler den Beratungen fern. In der Besprechung des Etats brachten die Stadtväter der einzelnen Parteien nochmals zum Ausdruck, daß eine Annahme des Haushaltsplanes in der vorliegenden Form nicht in Frage komme und der Aufsichtsbehörde, also dem Regierungspräsidenten, das Weitere überlassen bleiben müsse. Nach diesem Beschlusse, der wohl noch von der Stadtverordneten-Versammlung bestätigt werden muß, ist es Aufgabe des Regierungspräsidenten, der Stadt einen Zwangsetat aufzuerlegen, nach dem dann die städtische Finanzverwaltung eingerichtet werden muß.

Reiße. Gründung einer Theater-G.m.b.H. Das Stadttheater Reiße, das bisher verpachtet war, ist unter Beteiligung des Verbandes der deutschen Volkstheatervereine und des B.B.B. zu einer gemeinnützigen G.m.b.H. umgewandelt worden. Damit ist die Zahl der gemeinnützigen Theater in den schlesischen Provinzen wieder erhöht. Als künstlerischer Leiter des Theaters wurde Intendant Thiede gewählt.

Familien-Anzeigen

Verspätet!

Nach längerem Krankenlager, doch für uns plötzlich und unerwartet, verschied unser Kollege, der Filesenleger

Franz Bröter

Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren 478

Die Kollegen
der Firma R. Stiller.

Seine Beerdigung ist bereits erfolgt.

Unser liebes gutes

Heinzel

ist am 14. Juli, nachts 11 Uhr, nach kurzem, aber schwerem Leiden im zarten Alter von 6 Jahren sanft entschlafen.

In tiefem Schmerz
Max Dehmel u. Familie.

Beerdigung: Sonnabend nachm. 4 1/2 Uhr von der Kapelle in Pohlenowitz aus. 460

Werbetage!

zu noch nie dagewesenen Preisen.

Einige Beispiele:

1 Posten mod. Herrenanzüge jetzt 17⁵⁰

Herren-Anzüge Cabardine und 29⁰⁰

1 Posten Herren-Rosen von 4⁵⁰

Ein Posten Windjacken

sowie sämtliche Sommer-Sachen

weit unter Preis.

Bekleidungshaus

Eugen Hamburger

Breslau 2

nur Teichstraße 31

Ecke Springerstraße 2 Min. v. Hauptbahnhof

4246

Geschäfts-Eröffnung

Am Freitag, den 16. Juli, öffne ich

Sadowastraße 37

einen Einzelverkauf für

Wein u. Spirituosen

direkt aus meiner Dampfdestillations-

Breslauer Brauntwein 3 1/2 % lt. n. 2.10

1a Weinbrand-Verschnitt lt. n. 2.80

1b Weinbrand-Verschnitt lt. n. 3.50

Qualitäts-Liköre, 35% 4251

Cherry-Brandy, Cognac, weiß und orange, Kirschen, Praline, Blau- 3.00

orange 7/8 Lt. inkl. Glas 4.00

Preise inkl. städt. Getränke-Steuer.

Beim Einkauf Kostprobe gratis!

Will Reichmann

Handelskellner und Weinhandlung

Menzelstraße 18.

Telefon: Stephan 24 247

Für die heiße Jahreszeit



Erdbeer-, Himbeer-, Ananas-, Zitronen-, Vanille- u. Mandelaroma Beutel 8 Pf.
Schokoladen-Pudding 10 Pf.
Edelpudding 17 Pf.
Das Beste vom Besten!

Probiergenießen

G. E. G.-Puddingpulver werden in der Nahrungsmittelfabrik Magdeburg der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Consumvereine hergestellt. Sie halten jeden Vergleich mit Erzeugnissen der Privatindustrie aus und sind äußerst preiswert.

Selbstverständlich erhalten Sie G. E. G.-Artikel nur in den Konsumvereinen, die die Eigenproduktion auf genossenschaftlicher Grundlage fördern. In Breslau und Umgegend ist dies einzig und allein der

Konsumverein „Vorwärts“

Weshalb sind Sie noch nicht Mitglied? Die Bedingungen sind so gestellt, daß jeder Mitglied werden kann. 2619

Breslauer Hallenschwimmbad

Heilbäder, Warm-, Licht- u. Wasserbehandlung

Außer Sonntagen täglich von 8 bis 8 Uhr 4244

Achtung, Musik!

Die Vermittlungsstelle für Berufsmusiker befindet sich jetzt im Hotel „Stadt Leipzig“, Ursulastraße 2/4, Telefon 2432.

Die Vermittlung erfolgt unentgeltlich täglich in der Zeit von 11-1 Uhr mittags. Telefonische Anforderungen können unter „Öhle 2432“ und „Öhle 5253“ jederzeit erfolgen. 12745

Arbeitsnachweisamt.

Scharfshäuser

Ich wandle die verschiedensten Mittel herbei, an. Durch Schaum- anlage u. Obermeyer's Medizin- herba-Seife 30 Pf.

Herba-Seife 30 Pf.
Herba-Seife 30 Pf.
Herba-Seife 30 Pf.

Junger verheirateter Parteinoffizier sucht von Parteinoffizieren leeres Zimmer

mit Kochgelegenheit abzugeben. Off. u. St. 333 an die Geschäftsst. d. Volksw. 12743

Schwarzer Kater, a. d. Namen, Mohnte' lösend, entlausen. Geg. Belohnung abgegeben Auguststr. 77, 1 bei Elmor. 4247

1 Damen-Rad 1 Herren-Rad

mit Garantie. 479 Nähmaschine u. Rad-Geschäft Poststr. 7, 1. Stod.

Schnitzstuhl, 2-10 W. Lippert, Heinrichstr. 16. 12710

Von aufgel. Heidsiebt einige Cabardine-Anzüge 29 W., Wreeshosen 4.50, Stoffhosen 3.50 W. verkauft Vittoriastraße 14, 2. Etg. 1.

Für Käse

und Matrizen, die innerhalb 14 Tagen nach Ablauf des Auftrages nicht abgeholt, kann eine Gewähr für Aufbewahrung nicht übernommen werden.

Verlag der Volkswacht

25 Jahre hat sich a. ein. 1888-Genart.

Herba-Seife

Ich wandle die verschiedensten Mittel herbei, an. Durch Schaum- anlage u. Obermeyer's Medizin- herba-Seife 30 Pf.

Herba-Seife 30 Pf.
Herba-Seife 30 Pf.
Herba-Seife 30 Pf.

Stiebler's Kaffee

Täglich frisch geröstet.

Sämtliche Röstungen werden täglich durch Vornahme von Tassenproben unter scharfer Kontrolle gehalten und es ist so Gewähr dafür gegeben, daß in jeder Hinsicht nur erstklassige Produkte zum Verkauf kommen.

- Nr. 3 Neue Mischung 1/2 kg 3.20
- Nr. 4 Hotel-Kaffee-Mischung 1/2 kg 3.80
- Nr. 5 Karlsbader-Mischung 1/2 kg 3.80
- Nr. 6 Karlsbader-Edelmischung 1/2 kg 4.20
- Nr. 7 Wiener Mischung 1/2 kg 4.40
- Gute Hausmischung 1/2 kg 2.80, 3.00
- Jubiläums-Mischung, unmit. Altsilberdose 1/2 kg Inhalt 4.00

Konserven!

Längst hat die genau rechnende Hausfrau sich abgewöhnt, Gemüse und Obst selbst zu konservieren. Neben den Unbequemlichkeiten und Ärger durch Verlust, stellen sich die Konserven bei eigener Konservierung meist teurer, als die von uns bezogenen Fabrik-Konserven. In wenigen Minuten ist ein wohlschmeckendes Gemüsegericht fertig. Wir können Ihnen schon Konserven von neuer Ernte liefern.

- | | Dose 1/2 kg | 1 kg |
|---------------------------------------|-------------|------|
| Gemüse-Erdbeeren | 0.40 | 0.85 |
| Junge Erdbeeren | 0.45 | 0.80 |
| Junge Erdbeeren, mittelgroß | 0.55 | 1.00 |
| Spargelstücken | 0.65 | 1.20 |
| Kirschmangel, ohne Köpfe | 0.90 | 1.70 |
| Kirschen, rot mit Stein | 0.50 | 0.90 |
| Weißkirschen, mit Stein | 0.55 | 1.00 |
| Kirschen, rot, ohne Stein | 0.60 | 1.10 |
| Weißkirschen, ohne Stein | 0.65 | 1.20 |

Von vorjähriger Ernte haben wir noch anzubieten:

- Junge Schnittbohnen Dose 1 kg 0.55
- Selbste Stangenbohnen Dose 1 kg 0.95

Stieblers Feinstoff!

- Schlechte Mollerei-Butter 1/2 kg 1.72
- Hollender Blodwurst 1/2 kg 1.35
- Hollender Salami 1/2 kg 1.60
- Rügenwälder Zerkelwurst 1/2 kg 2.00
- Rügenwälder Mettwurst 1/2 kg 1.40
- Thüringer Leberwurst mit Speck 1/2 kg 0.80
- Thüringer Landpresswurst 1/2 kg 1.00
- Bögländer Knacker Stück 0.20
- Edl. Emmentaler Käse 1/2 kg 2.40
- Tilsiter Käse 1/2 kg 0.80
- Gouda-Käse 1/2 kg 0.80
- Edamer Käse 1/2 kg 1.00
- Harzer Käse 3 Pf.-Riffe 1.40, 1/2 kg 0.80
- Hamburger Stangenkäse 1/2 kg 0.80
- Romadour-Käse Stück 0.15
- Deftiges Mädescherger Stück 0.10, 0.30
- Schlechte Frühkartoffeln 3 Pf. 0.20

Breslauer Kaffee-Rösterei

Otto Stiebler
Breslau - Zwingerplatz 5. und 30 Filialen.

Supervate erzielen in unserer Zeitung den größten Erfolg!

Hühneraugen

berührend häufig juckbare Schmerz. Das millionenfach bewährte Antrol-Hühneraugen-Pflaster befreit Sie davon. Eine Packung kostet nur 75 Pfennig. Das wirksame Antrol-Pflaster (Probepackung 30 Pf.) Doppelpack. 50 Pf.) erhöht die Wirkung des Antrol-Pflasters und stärkt die Finger- und Zehen.

Volkswacht-Buchhandlung

Breslau 3, Neue Graupenstr. 5, modernes Antiquariat.

Prachtausgabe von Eichendorff: Aus dem Leben eines Taugenichts. Großquart, wunderbares Papier, selten schöner Druck, halbleinen Kunstlerleinband, 14 ganzseitige Bilder, darunter 4farbige. Bisheriger Preis 10 Mk. Jetzt, solange Restauflage reicht, nur 3.50 Mk. - Für jeden Geburtstag das Geschenk.